



Digitalisierungsmonitor 2019

Analysebericht mit Fokus auf digitale Demokratie
und Digitalisierungspolitik in der Schweiz

Jan Fivaz | Alessia Neuron | Daniel Schwarz | Carmen Ferri

Bern, Februar 2020

Berner Fachhochschule BFH
Departement Wirtschaft
Institut Public Sector Transformation

www.bfh.ch/ipst

Inhaltsverzeichnis

Management Summary	1
1 Einleitung: Versuch einer digitalen Pulsmessung der Politik	2
2 Digitalisierungsmonitor 2019: Ablauf und Teilnahme	3
3 Datenanalyse mit Fokus auf digitale Demokratie und Politik	6
3.1 Generelle Beurteilung der Digitalisierung und ihrer Auswirkungen	6
3.2 Digitale Demokratie	23
3.3 Digitalisierungspolitik – Infrastruktur und Rahmenbedingungen	38
4 Fazit und Ausblick: Die Digitale Schweiz 2025	50
Anhang 1: Fragebogen des Digitalisierungsmonitors	51
Anhang 2: Ausgewertete Fragen der Online-Wahlhilfe «smartvote»	59

Management Summary

Vor den Eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019 lancierte das Institut Public Sector Transformation (IPST) der Berner Fachhochschule in Kooperation mit den Universitäten Zürich und Genf sowie mit der Online-Wahlhilfe «smartvote» und dem ICT- und Online-Branchenverband Swico den «Digitalisierungsmonitor 2019». Dieser hatte sich zum Ziel gesetzt, die Digitalisierung als Wahlkampfthema stärker auf der Agenda der Kandidierenden zu positionieren und die Kandidierenden und die Wählerinnen und Wähler vermehrt dafür zu sensibilisieren. Der vorliegende Bericht wertet die Ergebnisse hinsichtlich der drei Bereiche *allgemeine Beurteilung der Digitalisierung, digitale Demokratie und Digitalisierungspolitik* aus.

Insgesamt beurteilen die Kandidierenden aller Parteien die momentane Situation bzw. die aktuellen Auswirkungen der Digitalisierung mehrheitlich positiv. Grössere Unterschiede bestehen, wenn gezielt nach einzelnen Bereichen gefragt wird (beispielsweise danach, ob die Digitalisierung die Gesellschaft auch gerechter macht). Insgesamt zeigt sich, dass die Haltung gegenüber der Digitalisierung auch eine ideologische Prägung aufweist: Liberale Parteien neigen zu Optimismus, linke und konservative Parteien neigen eher zu skeptischen Einschätzungen. Daneben zeigt sich aber auch, dass Männer und Kandidierende aus der Deutschschweiz eine positivere Haltung einnehmen als Frauen resp. französisch- und italienischsprachige Kandidierende. Bemerkenswert ist, dass das Alter der Kandidierenden eine weit geringere Rolle spielt als gemeinhin angenommen wird.

Auch bei digitalen Innovationen im Bereich der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung erfolgt die Beurteilung oft entlang ideologischer Linien. Insbesondere, wenn Regulierungsfragen ins Spiel kommen, tritt der in der Politik dominante Links-rechts-Gegensatz auch bei Digitalisierungsfragen deutlich hervor (beispielsweise beim Thema Regulierung von Social-Media-Plattformen). Interessant ist die unterschiedliche Beurteilung von E-Voting (elektronische Stimmabgabe) und E-Collecting (Sammeln von Online-Unterschriften für Initiativen und Referenden). Während das E-Voting tendenziell liberale Befürworter von konservativen Gegnern trennt, führt das E-Collecting zu linken Befürwortern und rechten Gegnern. Daneben zeigt sich aber auch eine Reihe von Themen, welche von den Kandidierenden aller Parteien mehrheitlich gleich beurteilt werden. So finden sich Mehrheiten für die Bekämpfung der negativen Auswüchse von Social-Media-Plattformen (z.B. im Bereich der «Fake News»-Verbreitung). Umstritten ist in diesem Bereich hingegen, ob dies mittels staatlicher Regulierung oder über eine Selbstregulierung der Branche geschehen soll. Beim Thema «Social Media» zeigt sich zudem, dass junge Kandidierende die Beschränkung solcher Plattformen kritischer betrachten als die älteren Kandidierenden. Darüber hinaus bestätigt die Auswertung den schlechten Ruf, den der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) im Rahmen staatlicher Entscheidungen geniesst. In diesem Bereich besteht ganz offensichtlich eine grössere Kluft zwischen der Einschätzung durch die Politik und der Rolle, die KI in der Forschung und Industrie heute spielt.

Bei Fragen zur digitalen Infrastruktur, zu E-Government und zum Datenschutz zeigen sich häufig relativ breite zustimmende Mehrheiten. Die in den Medien oft sehr konfliktbeladen dargestellten Themen wie 5G-Mobilfunknetz, E-Health, E-ID und Datenschutz erweisen sich mit Blick auf die Kandidierenden und Parteien sehr viel konsensualer. So wird der 5G-Netzausbau vor allem von den Grünen bekämpft, während die grösste Skepsis in den Bereichen E-Government und Datenschutz auf der Seite der SVP besteht. In den restlichen Parteien überwiegen zumeist positive Einschätzungen. In Bezug auf die E-ID fällt auf, dass der vom Parlament verabschiedete Lösungsansatz, konzessionierte private Unternehmungen als E-ID-Provider zuzulassen, offenbar mit Ausnahme der FDP von allen Parteien abgelehnt wird. Ein zweiter überraschender Punkt betrifft den Vorschlag, ein Grundrecht auf digitale Unversehrtheit in der Verfassung zu verankern, dem alle Parteien wohlwollend gegenüberstehen. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass unter den Kandidierenden und Parteien in allen Bereichen der Digitalisierungspolitik im Grundsatz Mehrheiten für zukunftsgerichtete Lösungen bestehen.

Die Erkenntnisse des «Digitalisierungsmonitors 2019» sind für die zukünftige Ausgestaltung der Schweizer Digitalpolitik wegweisend, zeigen aber auch, dass klare Positionsbezüge seitens der Parteien nur punktuell erkennbar sind. Um die Schweiz in den kommenden Jahren digital fit zu machen, wird die primäre Herausforderung darin bestehen, die entscheidenden Akteure mit an Bord zu holen, um die Rolle des Staates zu reflektieren. Nur so können gemeinsame Ideen entwickelt werden, wie die Schweiz mit den Herausforderungen aus politischer, rechtlicher, organisatorischer und technischer Sicht umgehen und sich diesen gegenüber international positionieren soll.

1 Einleitung: Versuch einer digitalen Pulsmessung der Politik

Bereits heute wird die Politik durch die Digitalisierung und ihre Anwendungen und Folgen (z.B. die Anwendung von künstlicher Intelligenz, die umfassende Vernetzung, Big Data und Robotisierung um nur einige Beispiele zu nennen) stark gefordert. Die Bürgerinnen und Bürger aber auch die Wirtschaft und die Wissenschaft erwarten von der Politik zukunftsweisende Entscheide bezüglich des Wegs, den die Schweiz in den nächsten Jahren bezüglich der Digitalisierung einschlagen soll.

Vor diesem Hintergrund und mit Blick auf die Eidgenössischen Wahlen vom 20. Oktober 2019 lancierte das Institut Public Sector Transformation (IPST) der Berner Fachhochschule in Kooperation mit den Universitäten Zürich und Genf sowie mit der Online-Wahlhilfe «smartvote» und dem ICT- und Online-Branchenverband Swico den «Digitalisierungsmonitor 2019». Dieser hatte sich zum Ziel gesetzt, die Digitalisierung als Wahlkampfthema stärker auf der Agenda der Kandidierenden zu positionieren und die Kandidierenden und die Wählerinnen und Wähler vermehrt dafür zu sensibilisieren.

Im Vorfeld der Wahlen war in doppelter Hinsicht ein Informationsdefizit zu befürchten. Einerseits bestand das Risiko, dass neue Parlamentsmitglieder nach der Wahl mit Digitalisierungsthemen in Berührung geraten, zu denen sie sich vorgängig vielleicht noch keine Gedanken gemacht haben – weil sie sich diese bis anhin ganz einfach nicht machen mussten. Andererseits galt es zu verhindern, dass die Wählerinnen und Wähler ihren Wahlentscheid ohne Kenntnis der Positionsbezüge bei Digitalisierungsfragen von Kandidierenden und Parteien treffen müssen. Zwar können sich in der Schweiz die Wählerinnen und Wähler dank Plattformen wie der Online-Wahlhilfe «smartvote» einen guten Überblick zu den Haltungen der Kandidierenden zu vielen zentralen Themen wie Migration, Umweltschutz, Sicherheit, Steuern, Wirtschaftsfreiheit etc. verschaffen. Selbst die Digitalisierung wurde bei «smartvote» berücksichtigt. Doch um ein Querschnittsthema wie die Digitalisierung, das praktisch alle anderen Politikbereiche tangiert, angemessen zu berücksichtigen, bietet der Standardfragebogen von «smartvote» schlicht zu wenig Raum. Hinzu kommt, dass manche Aspekte der Digitalisierung sich nicht in das Raster der «smartvote»-Fragen einbetten lassen.

Um diesen Mangel an relevanten Informationen zu beheben, initiierten die fünf Partner den «Digitalisierungsmonitor 2019». Mittels eines partizipativ zusammengestellten Fragebogens sollten die Einstellungen und Positionen der Kandidierenden zu wesentlichen Dimensionen der Digitalisierung erfasst und dadurch eine verbesserte Informationsgrundlage für die Wählerinnen und Wähler geschaffen werden. Eine erste Auswertung der Umfrage wurde bereits im Vorfeld der Wahlen via mediale Berichterstattung veröffentlicht werden (vgl. Kapitel 2), während die vertiefende Analyse durch die wissenschaftlichen Partner nach den Wahlen vorgenommen werden sollte.

Der vorliegende Bericht liefert nun einen ersten Teil dieser wissenschaftlichen Analyse. Unter einer politikwissenschaftlichen Forschungsperspektive fokussieren sich die folgenden Analysen auf die Parteipositionen in Bezug auf folgende drei Dimensionen:

1. Einschätzung der allgemeinen Auswirkungen, Chancen und Risiken der Digitalisierung
2. Haltung zu Fragen und Vorhaben der digitalen Demokratie
3. Haltung zu Fragen zur Digitalisierungspolitik (Infrastruktur und Rahmenbedingungen)

Dieses Working Paper stellt somit keine umfassende Auswertung aller im Rahmen des «Digitalisierungsmonitor 2019» abgefragten Themenbereiche dar, sondern nimmt eine Auswahl vor, die die Kernthemen der digitalen Demokratie und der zukünftigen Ausgestaltung der Digitalisierungspolitik umfasst. Der Analyseteil des Berichts (Kapitel 3) wird durch eine Übersicht über den Ablauf und die Teilnahme an der Befragung (Kapitel 2) sowie ein abschliessendes Fazit mit Blick auf die «Digitale Schweiz 2025» (Kapitel 4) abgerundet.

2 Digitalisierungsmonitor 2019: Ablauf und Teilnahme

Für die Zusammenstellung der 20 Fragen des Digitalisierungsmonitor-Fragebogens (vgl. Anhang 1) wurde auf das Know-how der fünf Projektpartner¹ und ihrer Communities zurückgegriffen. Die Erarbeitung des Fragebogens erfolgte im Wesentlichen zwischen April und Juni 2019. Die Umfrage ging am 21. Juni 2019 für die Kandidierenden der Nationalrats- und Ständeratswahlen online. Rund einen Monat vor dem Wahltermin veröffentlichte Swico erste Zwischenergebnisse, welche auf dem Datenstand von Anfang September beruhten.² Die Befragung der Kandidierenden lief anschliessend bis Ende November weiter. Die nachfolgende Analyse beruht auf dem bereinigten wissenschaftlichen Gesamtdatensatz, der sämtliche Antworten der Kandidierenden von Juni bis November 2019 enthält.³

Der «Digitalisierungsmonitor 2019» war als Zusatzumfrage zum normalen, thematisch breit gefächerten «smartvote»-Fragebogen konzipiert. Sämtliche 4'736 Kandidierenden hatten über ihr «smartvote»-Benutzerkonto direkten Zugang zum Fragebogen und ab Juni 2019 die Möglichkeit die Digitalisierungsfragen zu beantworten. Über den «smartvote»-Newsletter, der im Vorfeld der Wahlen in regelmässigen Abständen allen Kandidierenden per E-Mail zugestellt worden ist, wurden alle Kandidierenden wiederholt – insgesamt sechs Mal – auf den «Digitalisierungsmonitor 2019» hingewiesen.

Zusätzlich zu den Antworten des Digitalisierungsmonitors standen auch die Antworten auf fünf Digitalisierungsfragen, die integral im «smartvote»-Fragebogen Platz gefunden haben, für die Auswertungen zur Verfügung. Diese fünf Fragen (vgl. Anhang 2) wurden jeweils von 4'013 bis 4'020 Kandidierende beantwortet, was einer Teilnahmequote von knapp 85 Prozent entspricht.⁴ Die Fragen des Digitalisierungsmonitors wurden von 1'046 bis 1'221 Kandidierenden beantwortet. Dies entspricht einer Teilnahmequote zwischen 22.1 und 25.8 Prozent. Da der Digitalisierungsmonitor kein integraler Bestandteil des «smartvote»-Fragebogens war, war von Anfang an eine tiefere Beteiligung zu erwarten. Die erreichte Teilnahmequote fällt in die Bandbreite der Werte, die auch von anderen «Opt-in»-Umfragen erzielt wurden, die seit den National- und Ständeratswahlen 2011 über die «smartvote»-Plattform abgewickelt worden sind.

Die Tabelle 2.1 stellt die Beteiligung am Digitalisierungsmonitor sowie an der «smartvote»-Befragung in Prozent der Gesamtzahl der Kandidierenden insgesamt und aufgeschlüsselt nach Partei, Geschlecht, Altersgruppe und Sprachregion dar. Im Vergleich zur Gesamtbeteiligung am Digitalisierungsmonitor (22.1 Prozent aller Kandidierenden 2019) haben sich vor allem Kandidierende der GLP und der Grünen überdurchschnittlich beteiligt, während die Teilnahme der SVP-Kandidierenden unterdurchschnittlich ausfiel (letzteres ist auch in Bezug auf die «smartvote»-Beteiligung festzustellen). Hinsichtlich des Geschlechts haben sich an der Digitalisierungsmonitor-Befragung Kandidatinnen weniger oft beteiligt – dies sowohl gemessen am gesamten Kandidierendenfeld als auch in Bezug auf die «smartvote»-Teilnehmenden. Bezüglich des Alters zeigt sich eine unterdurchschnittliche Teilnahme der über 65-Jährigen, was mit den Erfahrungen bei «smartvote» übereinstimmt. Nach Sprachregion sind es die italienischsprachigen Kandidierenden, welche deutlich weniger oft den Digitalisierungsmonitor-Fragebogen beantwortet haben als die Kandidierenden aus der deutsch- oder französischsprachigen Schweiz. Auch in diesem Punkt lassen sich ähnliche Beobachtungen im Rahmen der «smartvote»-Umfrage machen.

¹ Das Projektteam bestand aus Abraham Bernstein (Universität Zürich), Florent Thouvenin (Universität Zürich), Jean-Henry Morin (Universität Genf), Alessia C. Neuron, Daniel Schwarz und Jan Fivaz (alle Berner Fachhochschule) sowie Christa Hofmann (Swico).

² Vgl. <https://www.swico.ch/de/news/detail/auswertung-des-digitalisierungsmonitors-von-Swico>

³ Der Datensatz steht für die wissenschaftliche Forschung unter <https://forsbase.unil.ch> zur Verfügung.

⁴ In die Analyse fliessen sämtliche gegebenen Antworten ein, auch wenn der smartvote- bzw. Digitalisierungsmonitor-Fragebogen nicht vollständig beantwortet wurde. Daraus ergeben sich bei den Fragen unterschiedliche Beteiligungszahlen.

Tabelle 2.1: Vergleich der Beteiligung nach Partei, Partei, Geschlecht, Alter und Sprache

	Kandidierende insgesamt	Teilnehmende- «smartvote»		Teilnehmende-Digitalisie- rungsmonitor	
	N	N	in %	N	in %
Total	4'736	4'013	84.7	1'046	22.1
Partei					
CVP	722	601	83.2	161	22.3
FDP	541	499	92.2	114	21.1
GLP	478	450	94.1	158	33.1
Grüne	461	422	91.5	132	28.6
SP	611	549	89.9	135	22.1
SVP	581	420	72.3	94	16.2
Übrige	1'342	1'039	77.4	252	18.8
Geschlecht					
Weiblich	1'893	1'595	84.3	337	17.8
Männlich	2'843	2'385	83.9	709	24.9
Alter					
18-34 Jahre	1'941	1'730	89.1	429	22.1
35-64 Jahre	2'394	2'023	84.5	560	23.4
65+ Jahre	398	226	56.8	56	14.1
Sprache					
Deutsch	3'618	3'075	85.0	805	22.2
Französisch	961	804	83.7	223	23.2
Italienisch	157	101	64.3	18	11.5

Auf den ersten Blick mag die Teilnahmequote unbefriedigend erscheinen, doch im Vergleich zur Teilnahme bei anderen Umfragen und vor dem Hintergrund, dass die Kandidierenden im Vorfeld der Wahlen von vielen Seiten gebeten wurden an Umfragen teilzunehmen, kann die Teilnahmequote als durchaus befriedigend bezeichnet werden. Hinzu kommt, dass die von aussen betrachtet eher tiefe Teilnahmequote bereits eine erste Aussage erlaubt: Das Thema der Digitalisierung ist in den Augen vieler Kandidierender weniger zentral als erwartet.

Auch muss eine tiefe Teilnahmequote nicht zwingend bedeuten, dass keine aussagekräftigen Analysen vorgenommen werden können. Um die Aussagekraft der vorliegenden Daten besser einschätzen zu können, werden in der Tabelle 2.2 die Antworten auf zwei «smartvote»-Fragen sowohl für alle bei «smartvote»-Antwortenden als auch für diejenigen Kandidierenden, die am Digitalisierungsmonitor teilgenommen haben, verglichen. Zudem werden die Analysen nach den sechs grössten Parteien dargestellt. Die beiden exemplarisch ausgewählten Fragen betreffen einerseits die Beurteilung einer Aussage zu den Chancen und Risiken der Digitalisierung auf einer 7er-Skala, andererseits die Frage nach einem weiteren Ausbau des 5G-Mobilfunknetzes auf einer 4er-Skala.

Die Resultate zeigen einerseits das erwartbare Bild, dass unabhängig von der Parteizugehörigkeit die Befragten des Digitalisierungsmonitors gegenüber der Digitalisierung etwas positiver gestimmt sind als die «smartvote»-Teilnehmenden. Die Unterschiede bleiben jedoch in einem überschaubaren Rahmen und betragen maximal 0.4 Punkte auf der 7er-Skala (FDP) im Falle der ersten Frage und 0.2 Punkte auf der 4er-Skala (CVP, GLP) bei der zweiten Frage. Die etwas positivere Grundstimmung gegenüber der Digitalisierung im Vergleich zur «smartvote»-Umfrage (und somit wohl auch im Vergleich zur Grundgesamtheit der Kandidierenden 2019) ist jedoch bei der Interpretation der Auswertungen zum «Digitalisierungsmonitor 2019» stets mit zu berücksichtigen.

Tabelle 2.2: Vergleich der politischen Haltung zwischen Teilnehmenden bei «smartvote» und Digitalisierungsmonitor

	Teilnehmende «smartvote»		Teilnehmende Digitalisierungsmonitor	
	Mittelwert	Standardabw.	Mittelwert	Standardabw.
<i>1. Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: «Die fortschreitende Digitalisierung bietet deutlich mehr Chancen als Risiken.» (Skala 1-7)</i>				
CVP	5.0	1.4	5.2	1.3
FDP	6.1	1.1	6.5	0.9
GLP	6.0	1.1	6.2	0.9
Grüne	3.9	1.5	4.1	1.5
SP	4.4	1.3	4.6	1.7
SVP	5.1	1.5	5.1	2.0
<i>2. Soll der Ausbau des Mobilfunknetzes nach 5G-Standard weiter vorangetrieben werden? (Skala 1-4)</i>				
CVP	3.0	0.9	3.2	0.9
FDP	3.6	0.7	3.7	0.6
GLP	3.2	0.9	3.4	0.8
Grüne	1.9	0.9	2.0	0.9
SP	2.6	0.9	2.7	1.3
SVP	3.0	1.0	3.1	1.0

Von zentraler Bedeutung an den in Tabelle 2.2 dargestellten Resultaten ist, dass sich kaum nennenswerte Unterschiede zwischen den «smartvote»-Teilnehmenden und den Teilnehmenden am Digitalisierungsmonitor zeigen und dies, obschon die Teilnahme bei «smartvote» mehr als drei Mal höher war im Vergleich zum Digitalisierungsmonitor. Somit zeigt sich, dass die Antworten derjenigen Kandidierenden, die am Digitalisierungsmonitor teilgenommen haben, auch verlässliche Aussagen zu den Positionen aller Kandidierenden erlauben, und dass die Aussagekraft der vorliegenden Daten als sehr gut betrachtet werden kann.

3 Datenanalyse mit Fokus auf digitale Demokratie und Politik

Im Rahmen dieser Erstausswertung werden nicht alle Fragen des Digitalisierungsmonitors ausgewertet. Dieser Bericht konzentriert sich auf diejenigen Fragen, die einen deutlichen Bezug zur digitalen Demokratie und der Digitalisierung der Politik (z.B. die Verwendung von Social Media in Wahl- oder Abstimmungskampagnen) aufweisen. Das folgende Analysekapitel ist entsprechend in Abschnitte zur generellen Beurteilung der Digitalisierung und ihrer Auswirkungen (3.1), zu den Gestaltungsmöglichkeiten einer digitalen Demokratie (3.2) und zu den Rahmenbedingungen einer digitalisierten Demokratie und Politik (3.2) gegliedert.

Die Positionsbezüge und Meinungen der Kandidierenden werden jeweils nach Partei, Geschlecht, Altersgruppe und Sprachregion aufgeschlüsselt analysiert. Bei der Parteizugehörigkeit konzentrieren sich die Auswertungen – mit Blick auf die ansonsten sehr geringen Fallzahlen – vor allem auf die sechs grössten Schweizer Parteien CVP, FDP, GLP, Grüne, SP und SVP. Im Text verwendeten Prozentangaben werden jeweils auf ganze Zahlen gerundet.

3.1 Generelle Beurteilung der Digitalisierung und ihrer Auswirkungen

Box 3.1: Zusammenfassung und Fazit

Insgesamt beurteilen die Kandidierenden aller Parteien die momentane Situation bzw. die aktuellen Auswirkungen der Digitalisierung grossmehrheitlich positiv. Grössere Unterschiede bestehen, wenn gezielt nach einzelnen Bereichen gefragt wird (beispielsweise danach, ob die Digitalisierung die Gesellschaft auch gerechter macht). Insgesamt zeigt sich, dass die Haltung gegenüber der Digitalisierung eine ideologische Prägung aufweist: Liberale Parteien neigen zu Optimismus, linke und konservative Parteien neigen eher zu skeptischen Einschätzungen. Daneben zeigt sich aber auch, dass Männer und Kandidierende aus der Deutschschweiz eine positivere Haltung einnehmen als Frauen und als französisch- und italienischsprachige Kandidierende. Bemerkenswert ist, dass das Alter der Kandidierenden eine weit geringere Rolle spielt als gemeinhin angenommen wird.

Aktuelle Beurteilung der Digitalisierung und Zukunftsaussichten

Die Kandidierenden wurden gebeten, ihre generelle Beurteilung der Auswirkungen der Digitalisierung auf Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Demokratie abzugeben. Eine der Fragen bezieht sich auf die Beurteilung der aktuellen Situation und stammt aus dem Digitalisierungsmonitor-Fragebogen (vgl. Frage 1), während die zweite Frage sich auf die Einschätzung der Zukunftsaussichten (Chancen und Risiken) bezieht und im «smartvote»-Fragebogen gestellt worden ist (vgl. Frage 2).

Frage 1:⁵

Welche Auswirkungen hat die Digitalisierung Ihrer Meinung nach insgesamt?

Antwortoptionen:

«Deutlich negative» (1), «Eher negative» (2), «Eher positive» (3), «Deutlich positive» (4).

Die grosse Mehrheit der Kandidierenden aller Parteien steht der Digitalisierung grundsätzlich sehr positiv gegenüber (vgl. Abbildung 3.1). Am skeptischsten sind die Kandidierenden der SVP und der Grünen, doch auch sie beurteilen mit jeweils 88 Prozent die Auswirkungen der Digitalisierung als «eher positiv» oder «deutlich positiv». Bei den anderen Parteien sind es jeweils sogar deutlich über 90 Prozent bis hin zu 100 Prozent unter den FDP-Kandidierenden. Kandidierende mit einer skeptischen Beurteilung bilden unabhängig von der Parteizugehörigkeit eine deutliche Minderheit.

⁵ Die Nummerierung der Fragen (sowie auch der entsprechenden Abbildungen und Tabellen) erfolgt fortlaufend, um einen möglichst angenehmen Lesefluss zu gewährleisten. Diese Nummerierung entspricht jedoch nicht allen Fällen der Nummerierung, wie sie im Fragebogen des Digitalisierungsmonitors verwendet worden ist. So entspricht die Frage 1 der Frage 2 des Fragebogens (vgl. Anhang 1).

Abbildung 3.1: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 1 nach Partei

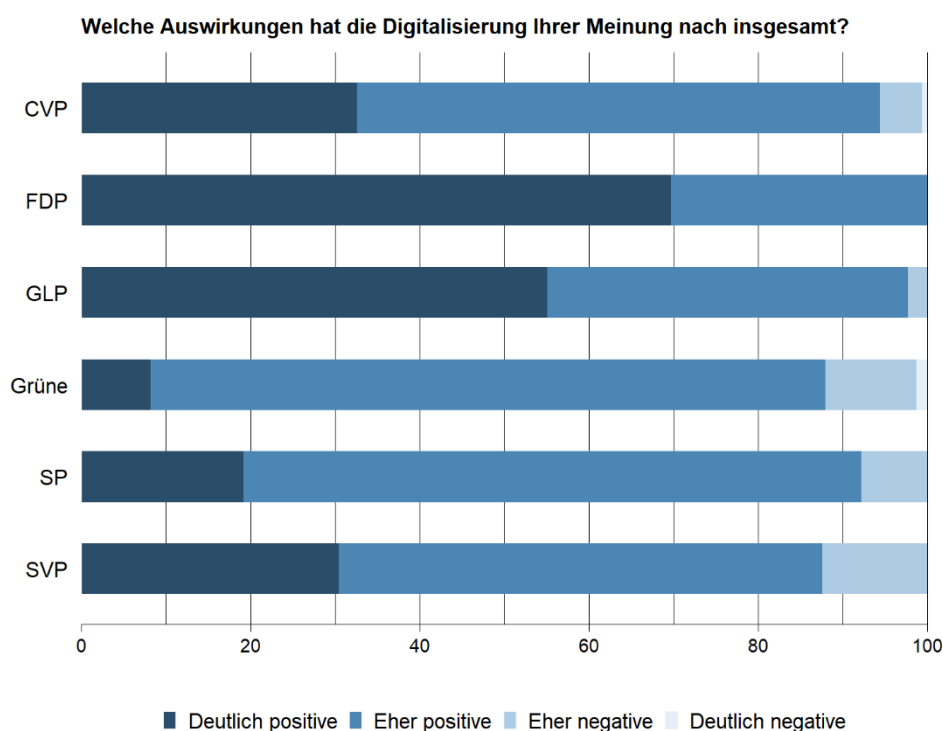


Tabelle 3.1: Mittelwerte zu Frage 1 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.3	(178)	3.2	3.3	3.0
FDP	3.7	(132)	3.7	3.7	3.0
GLP	3.5	(178)	3.5	3.6	3.1
Grüne	2.9	(158)	3.0	2.9	3.0
SP	3.1	(167)	3.0	3.2	3.3
SVP	3.2	(105)	3.2	3.3	2.6

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	3.2	3.3	3.3	3.3	3.3
FDP	3.5	3.6	3.7	3.6	-
GLP	3.5	3.6	3.6	3.3	3.5
Grüne	2.9	3.0	3.0	2.7	2.7
SP	3.1	3.1	3.1	3.1	3.0
SVP	3.0	3.2	3.3	3.9	2.5

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = neg. Beurteilung, Werte > 2.5 = pos. Beurteilung.

Die Tabelle 3.1 bietet eine weitergehende Analyse nach Geschlecht, Alter und Sprache innerhalb der Parteien an und weist jeweils die Mittelwerte der entsprechenden Gruppen aus. Die Auswertung nach Geschlecht zeigt, dass Männer bei allen Parteien die Auswirkungen der Digitalisierung im Durchschnitt etwas positiver sehen als Frauen. Bei den Altersgruppen ist in vielen Parteien die Tendenz ersichtlich, dass die älteste Gruppe der über 65-Jährigen die Auswirkungen etwas skeptischer beurteilt. Ausnahmen bilden hier die SP, die einen gegenläufigen Trend aufweist, und die Grünen, bei denen die Beurteilung zwischen den drei Altersgruppen nahezu identisch ausfällt. Nach Sprachregion sind entweder

keine Unterschiede in der Beurteilung feststellbar (CVP, FDP, SP) oder dann in die Richtung, dass Deutschschweizer Kandidierende eine positivere Einschätzung abgeben als französischsprachige Kandidierende (SVP, Grüne, GLP).

Die Frage 2 stammt aus dem «smartvote»-Fragebogen und lautet:

Frage: 2⁶

Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: Die fortschreitende Digitalisierung bietet deutlich mehr Chancen als Risiken.

Antwortoptionen:

7er-Skala mit den Endpunkten «Gar nicht einverstanden» (1) und «Vollständig einverstanden» (7) sowie dem Wert 4 als Mittelposition («Teils-teils»).

Während bei der Frage 1 die Beurteilung des aktuellen Standes der Digitalisierung abgefragt worden ist, zielt die Frage 2 auf die Einschätzung der Zukunftsaussichten der fortschreitenden Digitalisierung ab. Bei einem direkten Vergleich der beiden Fragen ist Vorsicht geboten, da sich die beiden Fragen bezüglich der Antwortoptionen (4er- und 7er-Skalen) und der Gruppierung der Antwortkategorien unterscheiden (vgl. Abbildung 3.1 und 3.2).

So zeigt sich, dass die Beurteilung der Digitalisierung nicht mehr bei allen Parteien positiv ausfällt. Bei den Grünen finden sich mit rund 18 Prozent mehr Kandidierende, die die Digitalisierung vorwiegend als Risiko denn als Chance (14 Prozent) sehen, und bei der SP sehen nur gerade 19 Prozent die Digitalisierung als Chance, während der überwiegende Teil der Kandidierenden (73 Prozent) keine eindeutige Antwort geben kann. Auch bei der CVP und SVP zeigt sich nun eine etwas weniger euphorisch-positive Beurteilung. Nach wie vor die positivsten Beurteilungen stammen auch bei dieser Frage wiederum von den Kandidierenden der FDP (81%) und der GLP (74%).

Bezüglich des Geschlechts zeigt sich in allen Parteien, dass Männer der Aussage im Durchschnitt deutlicher zustimmen als Frauen (vgl. Tabelle 3.2). Beim Alter zeigt sich ein Trend, dass die älteste Gruppe der über 65-Jährigen die Digitalisierung skeptischer sieht als die jüngeren Kandidierenden. Eine Ausnahme bilden wiederum wie bei Frage 1 die SP-Kandidierenden, bei denen die unter 35-Jährigen im Durchschnitt die geringste Zustimmung aufweisen. In Bezug auf die Sprachregion ist das Bild nicht einheitlich, doch lässt sich in den meisten Parteien die Tendenz erkennen, dass Kandidierenden aus der Deutschschweiz die Aussage im Durchschnitt positiver beurteilen als ihre französischsprachigen Kolleginnen und Kollegen.

⁶ Vgl. Frage 4, Anhang 2.

Abbildung 3.2: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 2 nach Partei⁷

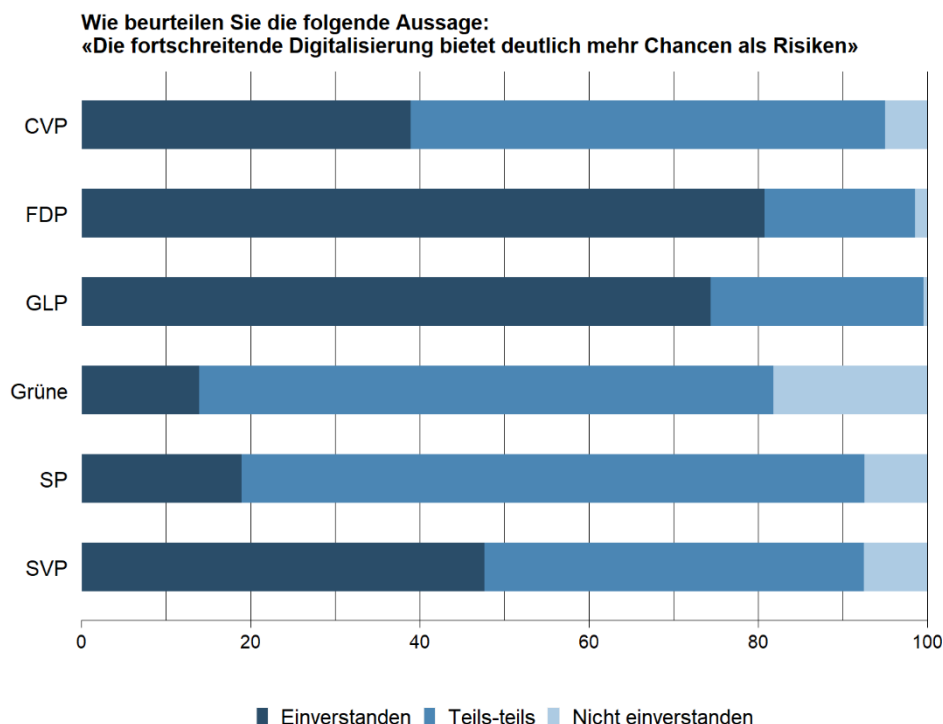


Tabelle 3.2: Mittelwerte zu Frage 2 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	5.0	(606)	5.0	5.0	4.2
FDP	6.1	(500)	6.1	6.1	5.3
GLP	6.0	(450)	5.9	6.0	5.7
Grüne	3.9	(424)	4.0	4.0	3.1
SP	4.4	(553)	4.2	4.6	4.3
SVP	5.1	(430)	5.2	5.0	4.9

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	4.8	5.1	5.0	4.8	5.6
FDP	5.9	6.2	6.1	6.0	6.0
GLP	5.7	6.1	6.0	5.7	5.0
Grüne	3.8	4.1	4.1	3.4	3.5
SP	4.2	4.6	4.5	4.1	4.7
SVP	4.7	5.2	5.2	4.6	4.5

Hinweise: Skala 1-7; neutrale Mittelposition = 4, Werte < 4 = neg. Beurteilung, Werte > 4 = pos. Beurteilung.

Anhand eines linearen Regressionsmodells wurde analysiert, welche Faktoren den Grad des Optimismus bzw. der Skepsis gegenüber der Digitalisierung unter den Kandidierenden massgeblich bestimmen. Als abhängige (zu erklärende) Variable wurde ein Index gebildet, der die grundsätzliche Haltung gegenüber der Digitalisierung misst. In diesen Index fliessen die Antworten der Fragen 1 und 2 sowie jeweils die einzeln Antworten auf die sieben Statements der Frage 4 ein. Der Index besteht somit aus insgesamt neun Items. Alle Items wurden auf eine einheitliche Skala umgerechnet und fliessen jeweils

⁷ Um die Lesbarkeit der Grafik zu verbessern wurden die sieben Antwortoptionen recodiert und zu drei Antwortoptionen zusammengefasst: 1 und 2 = «Nicht einverstanden», 3, 4 und 5 = «Teils-teils» sowie 6 und 7 = «Einverstanden».

mit gleichem Gewicht in den Index ein. Der Index wurde anschliessend auf Werte von 0 (negative bzw. skeptische Haltung) bis 1 (positive bzw. optimistische Haltung) normiert. Als unabhängige (erklärende) Variablen beinhaltet das Regressionsmodell die Parteizugehörigkeit der Kandidierenden (mit der CVP als Referenzkategorie), das Geschlecht, das Alter, die Sprache, den Amtsinhaber-Status, den Wahlerfolg (gewählt vs. nicht gewählt) sowie eine Index-Variable, die die persönliche Betroffenheit durch die Digitalisierung anhand der drei Items aus der Frage 3 misst. Im Rahmen dieser Auswertung konnten auch die kleineren Parteien BDP, EDU, EVP, PdA und die Piratenpartei berücksichtigt werden.

Die Resultate der Regressionsanalyse (vgl. Box 3.2) bestätigen grundsätzlich die bisherigen Erkenntnisse: Kandidierende der FDP und GLP, Männer, Deutschschweizer Kandidierende sowie Kandidierende mit einer hohen Betroffenheit durch die Digitalisierung zeigen eine positivere und optimistischere Haltung gegenüber der digitalen Entwicklung. Kandidierende der EDU, EVP, Grünen, PdA und SVP sowie Frauen, Kandidierenden aus der französischen Schweiz und solche, die durch die Digitalisierung im Alltag in geringerem Ausmass betroffen sind, zeichnen sich durch eine negativere bzw. skeptischere Haltung aus.

Box 3.2: Regressionsanalyse

Coefficients:

	Estimate	Std. Error	t value	Pr(> t)	
(Intercept)	0.3537179	0.0243596	14.521	< 2e-16	***
Partei BDP	0.0455851	0.0217307	2.098	0.036145	*
Partei EDU	-0.1439278	0.0306699	-4.693	3.02e-06	***
Partei EVP	-0.0631962	0.0176639	-3.578	0.000361	***
Partei FDP	0.0882499	0.0147317	5.990	2.79e-09	***
Partei GLP	0.0521872	0.0134897	3.869	0.000116	***
Partei Grüne	-0.0414569	0.0140721	-2.946	0.003283	**
Partei Piraten	0.0058016	0.0255724	0.227	0.820565	
Partei PdA	-0.0837520	0.0285892	-2.929	0.003462	**
Partei SVP	-0.0517330	0.0157574	-3.283	0.001057	**
Partei SP	-0.0166614	0.0138440	-1.204	0.229023	
Partei Übrige	-0.0680632	0.0159825	-4.259	2.22e-05	***
Männlich	0.0318526	0.0078446	4.060	5.23e-05	***
Alter <35	0.0008694	0.0077655	0.112	0.910875	
Alter 65+	-0.0460259	0.0186604	-2.466	0.013788	*
Sprache F	-0.0539653	0.0090736	-5.947	3.60e-09	***
Sprache I	-0.0294384	0.0277948	-1.059	0.289759	
Amtsinhaber	0.0314689	0.0279712	1.125	0.260802	
Gewählt	0.0136339	0.0234461	0.581	0.561017	
Betroffenheit	0.3091403	0.0242518	12.747	< 2e-16	***

Signif. codes: '***' 0.001 '**' 0.01 '*' 0.05 '.' 0.1

Residual standard error: 0.1249 on 1159 degrees of freedom
(3557 observations deleted due to missingness)

Multiple R-squared: 0.3403, Adjusted R-squared: 0.3295

F-statistic: 31.47 on 19 and 1159 DF, p-value: < 2.2e-16

Zwei Aspekte verdienen es besonders hervorgehoben zu werden: Zum einen bestätigt die Regressionsanalyse, dass das Alter einen deutlich geringeren Effekt aufweist als oft gemeinhin angenommen wird. Die Haltung in der jüngsten Gruppe der unter 35-Jährigen unterscheidet sich nicht signifikant im Vergleich zur Referenzkategorie (35- bis 64-Jährige) und bei der ältesten Gruppe zeigt sich gegenüber der Referenzkategorie bloss ein relativ schwacher negativer Effekt.⁸ Zum zweiten ist bezüglich des Faktors der Betroffenheit nicht anzunehmen, dass eine grössere Betroffenheit kausal zu einer positiveren Hal-

⁸ Wenn man das Alter nicht als kategoriale, sondern als metrische Variable ins Modell integriert, verschwindet auch dieser Effekt.

tung gegenüber der Digitalisierung führt. Das heisst, dass sich die Einstellung digitalisierungsskeptischer Personen nicht automatisch verändert, wenn sie stärker der digitalen Entwicklung ausgesetzt sind.

Persönliche Betroffenheit durch die Digitalisierung

Wie stark die Kandidierenden in verschiedenen Bereichen ihres Alltags persönlich durch die Digitalisierung tangiert werden, wurde anhand der folgenden Frage erfasst:

Frage 3:⁹

Wie stark prägen das Internet sowie digitale Anwendungen und Dienstleistungen Ihren Alltag in den folgenden Bereichen auf einer Skala von 1 («Gar nicht») bis 5 («Sehr stark»):

3.1: Im Beruf bzw. in der Ausbildung

3.2: In der Politik

3.3: Im Privatleben

Kandidierende aller Parteien geben grossmehrheitlich an, dass die Digitalisierung eine starke Auswirkung auf Ihren Alltag in allen drei Lebensbereichen hat (vgl. Abbildungen 3.3 bis 3.5). Die Mittelwerte aller Antworten liegen in allen drei Bereichen bei einem Wert von 4 und darüber (auf einer 5er-Skala). Am stärksten wirkt sich die Digitalisierung offenbar im Berufsleben bzw. in der Ausbildung aus (Mittelwert = 4.5), gefolgt von der Politik (Mittelwert = 4.1) und am schwächsten im Privatleben (Mittelwerte = 4.0).

Aufgeschlüsselt nach Parteien verspüren über alle drei Bereiche betrachtet die Kandidierenden der Grünen die geringsten Auswirkungen und die Kandidierenden der FDP und der GLP die stärksten Auswirkungen (vgl. Tabellen 3.3 bis 3.5). Interessant sind auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Bereichen: So geben beispielsweise die Kandidierenden der SVP beim Beruf und der Politik an, dass sie relativ starke Auswirkungen spüren, während diese im Privatleben relativ schwach ausfallen.

Zwischen den Geschlechtern zeigt sich die Tendenz, dass Männer vor allem im Beruf und in der Ausbildung sowie im Privatleben grössere Auswirkungen der Digitalisierung auf ihren Alltag erkennen als Frauen. Das Bild im Bereich der Politik ist hingegen gemischt; bei SP und Grünen sind es hier im Durchschnitt die Frauen, welche einen stärkeren Einfluss der Digitalisierung sehen. Nach Alter betrachtet sind es tendenziell die über 65-Jährigen, die in allen drei Bereichen die geringste Auswirkung der Digitalisierung spüren. Keine Muster lassen sich demgegenüber bei der Analyse nach Sprachgruppen erkennen.

⁹ Vgl. Frage 1, Anhang 1.

Abbildung 3.3: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 3.1 nach Partei

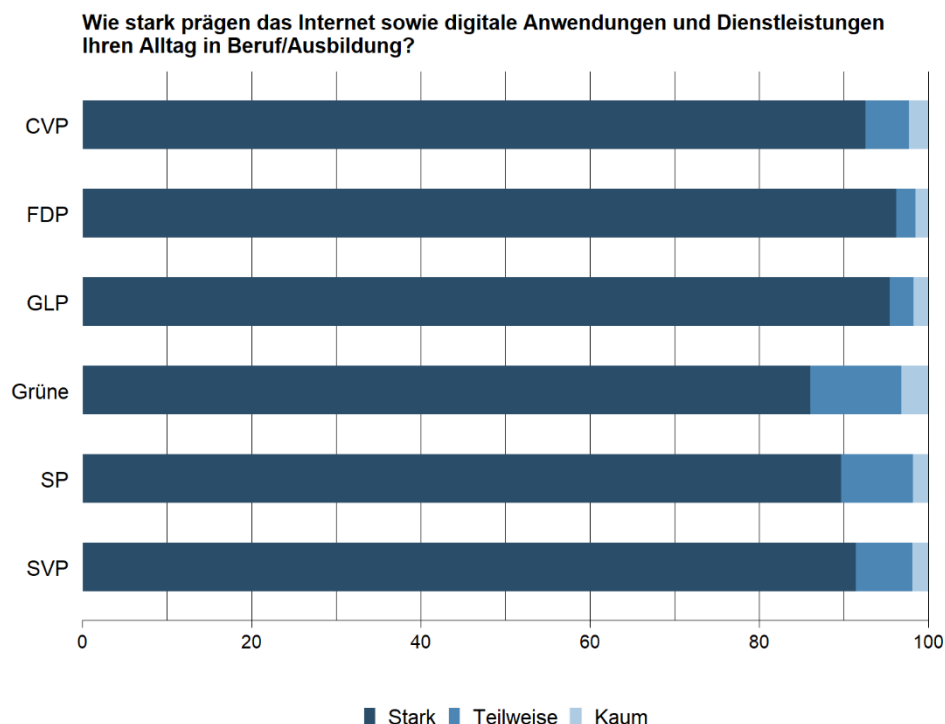


Tabelle 3.3: Mittelwerte zu Frage 3.1 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	4.6	(176)	4.7	4.5	4.4
FDP	4.7	(132)	4.7	4.7	4.0
GLP	4.7	(176)	4.6	4.8	4.5
Grüne	4.4	(158)	4.3	4.5	4.5
SP	4.5	(165)	4.6	4.6	3.9
SVP	4.6	(105)	4.5	4.8	4.6

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	4.5	4.6	4.5	4.7	4.7
FDP	4.6	4.8	4.7	4.7	-
GLP	4.6	4.8	4.7	4.8	5.0
Grüne	4.4	4.4	4.5	4.3	4.3
SP	4.5	4.6	4.6	4.5	4.5
SVP	4.6	4.6	4.7	4.3	4.0

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Keine Betroffenheit, Werte > 3 = Starke Betroffenheit.

Abbildung 3.4: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 3.2 nach Partei

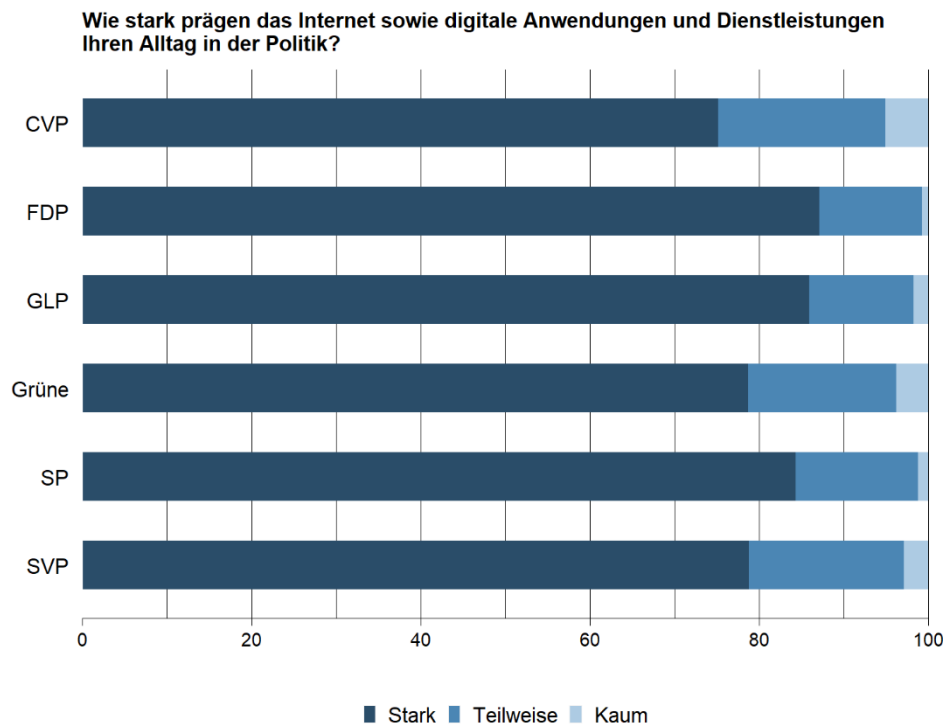


Tabelle 3.4: Mittelwerte zu Frage 3.2 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	4.0	(177)	3.9	4.1	3.9
FDP	4.3	(132)	4.3	4.3	4.0
GLP	4.3	(178)	4.3	4.3	4.0
Grüne	4.1	(160)	4.1	4.1	4.0
SP	4.3	(166)	4.3	4.3	4.0
SVP	4.2	(104)	4.1	4.3	3.6

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	4.0	4.0	4.1	3.9	3.8
FDP	4.2	4.3	4.3	4.2	-
GLP	4.2	4.3	4.3	4.4	4.5
Grüne	4.1	4.0	4.1	4.0	4.0
SP	4.4	4.2	4.3	4.3	4.4
SVP	4.2	4.2	4.1	4.4	5.0

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Keine Betroffenheit, Werte > 3 = Starke Betroffenheit.

Abbildung 3.5: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 3.3 nach Partei

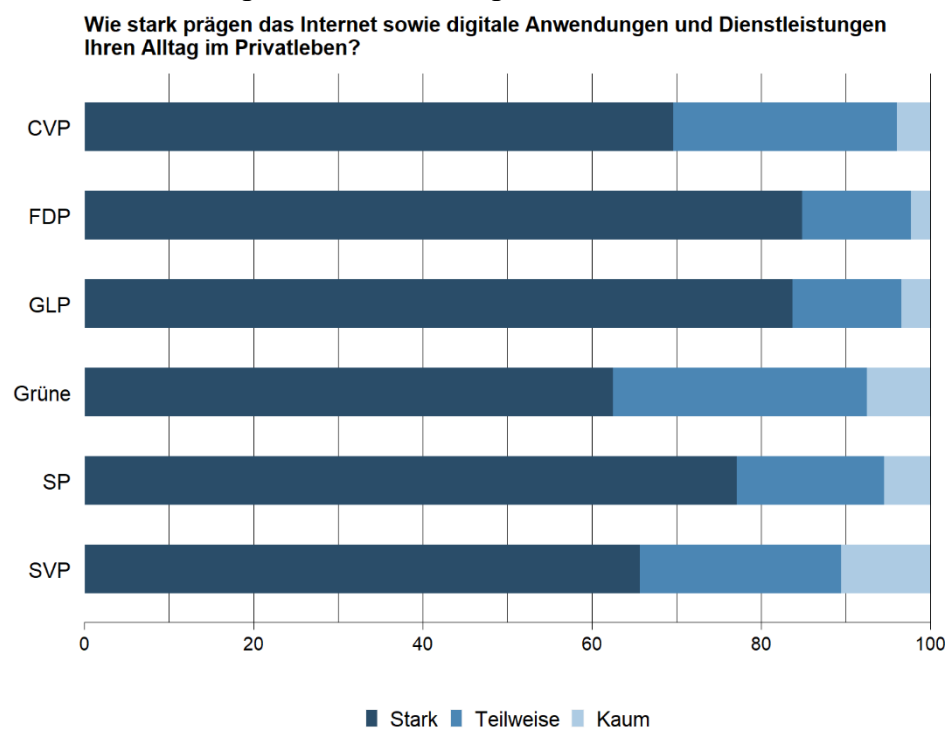


Tabelle 3.5: Mittelwerte zu Frage 3.3 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	4.0	(178)	4.1	3.8	3.8
FDP	4.3	(132)	4.6	4.1	4.0
GLP	4.3	(178)	4.4	4.2	3.8
Grüne	3.8	(160)	4.0	3.5	4.0
SP	4.1	(166)	4.4	3.9	4.2
SVP	3.9	(105)	4.1	3.7	3.4

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	4.0	4.0	4.0	3.8	4.2
FDP	4.1	4.4	4.3	4.3	-
GLP	4.1	4.3	4.3	4.2	3.5
Grüne	3.8	3.8	3.9	3.4	3.3
SP	3.9	4.3	4.1	4.0	4.2
SVP	3.4	4.0	4.0	3.7	3.5

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Keine Betroffenheit, Werte > 3 = Starke Betroffenheit.

Auswirkung der Digitalisierung auf gesellschaftliche Bereiche

Die Kandidierenden wurden darüber hinaus gebeten, ihre Beurteilung zu sieben Aussagen mit Bezug zur Auswirkung der Digitalisierung auf verschiedene gesellschaftliche Aspekte abzugeben:

Frage 4:

Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen zu möglichen Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft:

Digitalisierung...

4.1: Erleichtert den Zugang zu Wissen und Bildung

4.2: Führt zu einem Zerfall von Werten und Sitten

4.3: Macht die Gesellschaft gerechter

4.4: Führt zu einer verstärkten Überwachung

4.5: Bringt Menschen zusammen

4.6: Fördert die Spaltung der Gesellschaft

4.7: Weckt bei mir die Befürchtung, zunehmend den Anschluss zu verlieren

Antwortoptionen:

«Stimme nicht zu» (1), «Stimme eher nicht zu» (2), «Stimme eher zu» (3) und «Stimme zu» (4).

Auch wenn die zwischen den einzelnen Parteien durchaus Unterschiede festgehalten werden können, zeigt sich bei diesen Aussagen eine erstaunliche Einigkeit unter den Parteien. Nur gerade bei zwei der Aussagen sind sich die Mehrheiten der Parteien nicht einig (vgl. Abbildungen 3.6 bis 3.12). Am deutlichsten fällt die Zustimmung (d.h. Antwortwerte von 3 und 4) zur Aussage aus, dass die Digitalisierung den Zugang zu Wissen und Bildung erleichtert (deutlich über 90 Prozent bei allen Parteien). Die Auffassung, dass die Digitalisierung zu einer verstärkten Überwachung führt, findet ebenfalls in allen Parteien eine sehr hohe Zustimmung von mindestens 80 Prozent der Kandidierenden. Zu mindestens 85 Prozent sind sich die Kandidierenden auch darin einig, dass keine Gefahr besteht, durch die Digitalisierung Gefahr persönlich den Anschluss zu verlieren. Wenig Zustimmung erhält die Aussage, dass die Digitalisierung die Gesellschaft spaltet: zwischen 55 (Grüne) und 85 Prozent (FDP) der Kandidierenden beurteilen diese Aussage als falsch. Dazu passt, dass in allen Parteien eine Mehrheit zwischen 56 (SVP) und 75 Prozent (FDP und GLP) die Aussage unterstützt, dass die Digitalisierung Menschen zusammenbringt.

Mit Ausnahme der SVP lehnen die Kandidierenden der anderen Parteien die Aussage ab, dass die Digitalisierung zu einem Zerfall von Werten und Sitten führt. Etwa zwei Drittel der beiden liberalen Parteien FDP und GLP unterstützen die Aussage, dass die Digitalisierung die Gesellschaft gerechter macht. Die anderen Parteien lehnen sie mit Mehrheiten zwischen 57 (Grüne) und 66 Prozent (SVP) ab.

Die Auswertungen nach Geschlecht zeigen, dass männliche Kandidierende die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft häufig optimistischer beurteilen als die weiblichen Kandidierenden (vgl. Tabellen 3.6 bis 3.12). Besonders ausgeprägt ist dies unter den SVP- und FDP-Kandidierenden feststellbar, in geringerem Masse auch bei den anderen Parteien. So beurteilen Frauen die Aussage, dass durch die Digitalisierung die Gesellschaft gerechter wird, deutlich pessimistischer als Männer. Ebenso befürchten Frauen öfter als Männer, dass sie durch die Digitalisierung abgehängt werden.

Ein weniger klares Bild zeichnet sich bei der Auswertung nach Altersgruppen. Grössere Unterschiede zwischen den Alterskategorien sind vor allem innerhalb der SVP feststellbar, wo die über 65-jährigen die Auswirkungen deutlich negativer beurteilen als die jüngeren Gruppen. Unter den Kandidierenden der anderen Parteien ist dieser Alterseffekt weniger ausgeprägt.

Ebenfalls innerhalb der SVP lässt sich feststellen, dass der Spracheneffekt am deutlichsten ausfällt. Allerdings zeigt sich bei allen Parteien, dass Kandidierende aus der französischsprachigen Schweiz die Auswirkungen der Digitalisierungen weniger optimistisch sehen als ihre Deutschschweizer Kolleginnen und Kollegen.

Abbildung 3.6: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 4.1 nach Partei

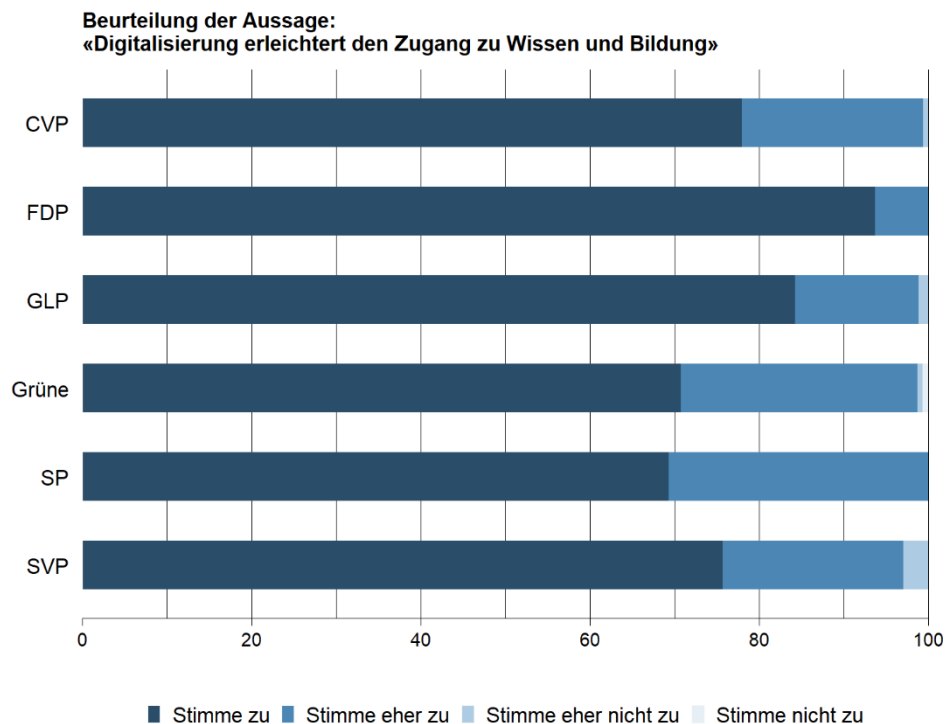


Tabelle 3.6: Mittelwerte zu Frage 4.1 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.8	(177)	3.7	3.8	3.7
FDP	3.9	(127)	4.0	3.9	4.0
GLP	3.8	(178)	3.9	3.8	3.8
Grüne	3.7	(154)	3.8	3.6	3.7
SP	3.7	(163)	3.7	3.7	3.7
SVP	3.7	(103)	3.7	3.7	3.6
			3.7	3.8	3.7
	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	3.7	3.8	3.8	3.7	3.8
FDP	3.9	4.0	4.0	3.9	-
GLP	3.8	3.9	3.9	3.7	4.0
Grüne	3.7	3.6	3.7	3.7	3.0
SP	3.6	3.7	3.7	3.6	3.6
SVP	3.7	3.7	3.8	3.4	4.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = keine Zustimmung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Abbildung 3.7: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 4.2 nach Partei

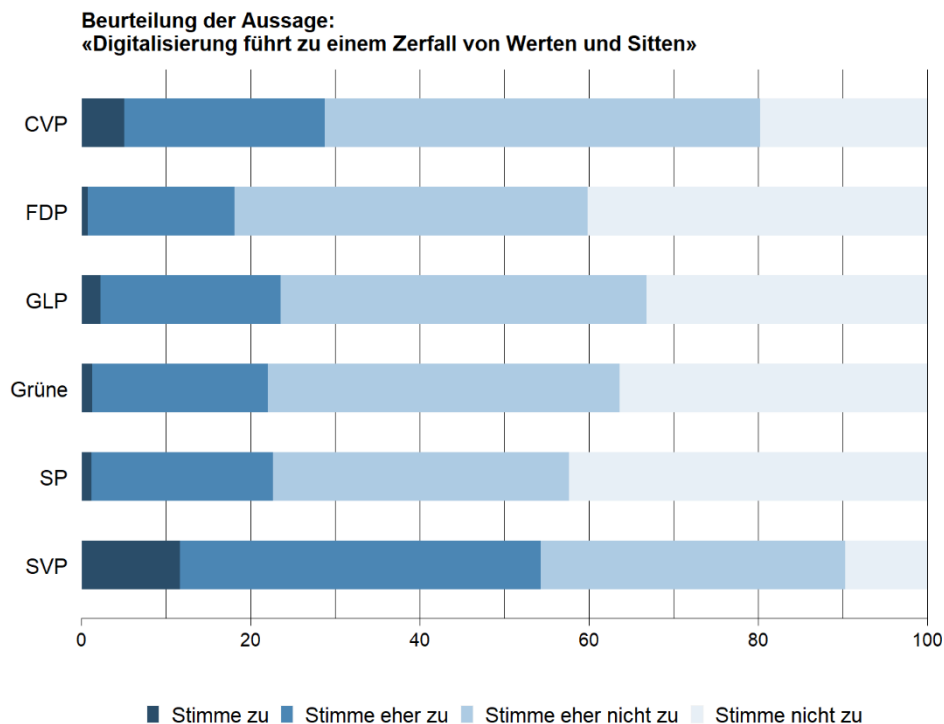


Tabelle 3.7: Mittelwerte zu Frage 4.2 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	2.1	(177)	2.2	2.1	2.3
FDP	1.8	(127)	1.7	1.8	3.0
GLP	1.9	(178)	2.0	1.8	2.6
Grüne	1.9	(154)	1.8	2.0	1.3
SP	1.8	(163)	1.7	1.9	1.8
SVP	2.6	(103)	2.6	2.5	3.4

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	2.1	2.2	2.1	2.1	2.0
FDP	1.9	1.7	1.8	1.8	-
GLP	1.9	2.0	2.5	2.9	3.0
Grüne	2.0	1.8	1.9	1.7	1.8
SP	1.8	1.8	1.8	2.1	3.0
SVP	2.9	2.5	1.9	2.1	2.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = keine Zustimmung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Abbildung 3.8: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 4.3 nach Partei

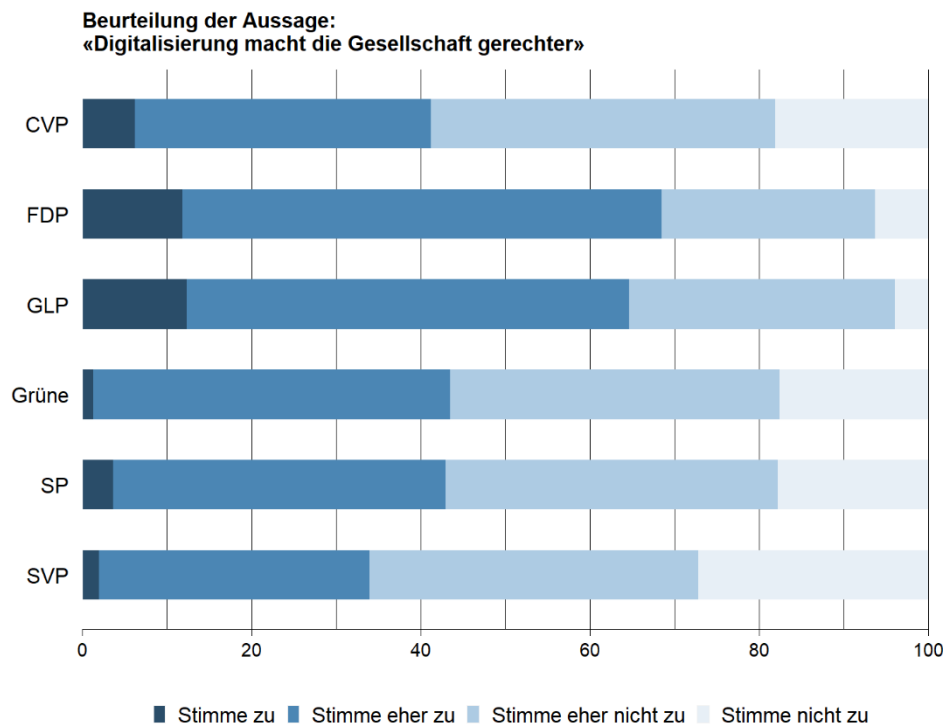


Tabelle 3.8: Mittelwerte zu Frage 4.3 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	2.3	(177)	2.3	2.3	2.0
FDP	2.7	(127)	2.8	2.7	3.0
GLP	2.7	(178)	2.7	2.8	2.6
Grüne	2.3	(154)	2.4	2.2	2.2
SP	2.3	(163)	2.4	2.3	2.1
SVP	2.1	(103)	2.2	2.1	1.4

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	2.1	2.4	2.3	2.1	2.7
FDP	2.5	2.9	2.7	2.8	-
GLP	2.6	2.8	2.8	2.4	3.0
Grüne	2.3	2.3	2.3	2.1	2.0
SP	2.2	2.4	2.4	2.1	2.0
SVP	1.8	2.1	2.2	1.8	1.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = keine Zustimmung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Abbildung 3.9: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 4.4 nach Partei

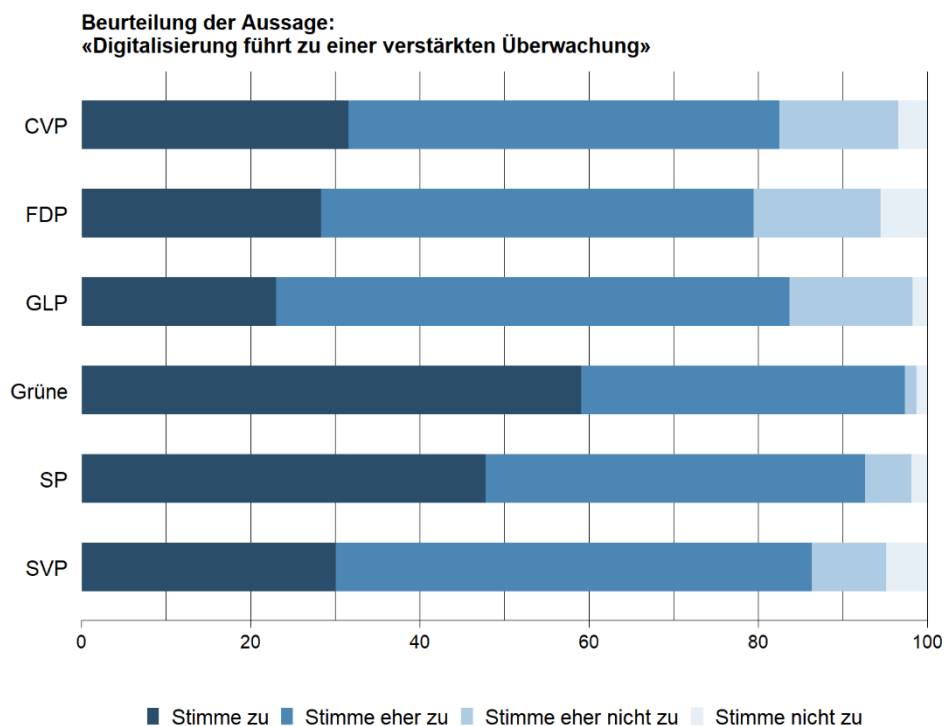


Tabelle 3.9: Mittelwerte zu Frage 4.4 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.1	(177)	3.1	3.1	2.8
FDP	3.0	(127)	3.0	3.0	4.0
GLP	3.1	(178)	3.1	3.0	2.9
Grüne	3.6	(154)	3.5	3.6	3.3
SP	3.4	(163)	3.5	3.3	3.5
SVP	3.1	(103)	3.1	3.1	3.4

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	3.2	3.0	3.1	3.1	2.3
FDP	3.1	3.0	3.1	2.9	-
GLP	3.1	3.0	3.0	3.1	3.0
Grüne	3.6	3.5	3.5	3.7	2.7
SP	3.3	3.4	3.4	3.4	2.2
SVP	3.2	3.1	3.1	3.2	2.5

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = keine Zustimmung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Abbildung 3.10: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 4.5 nach Partei

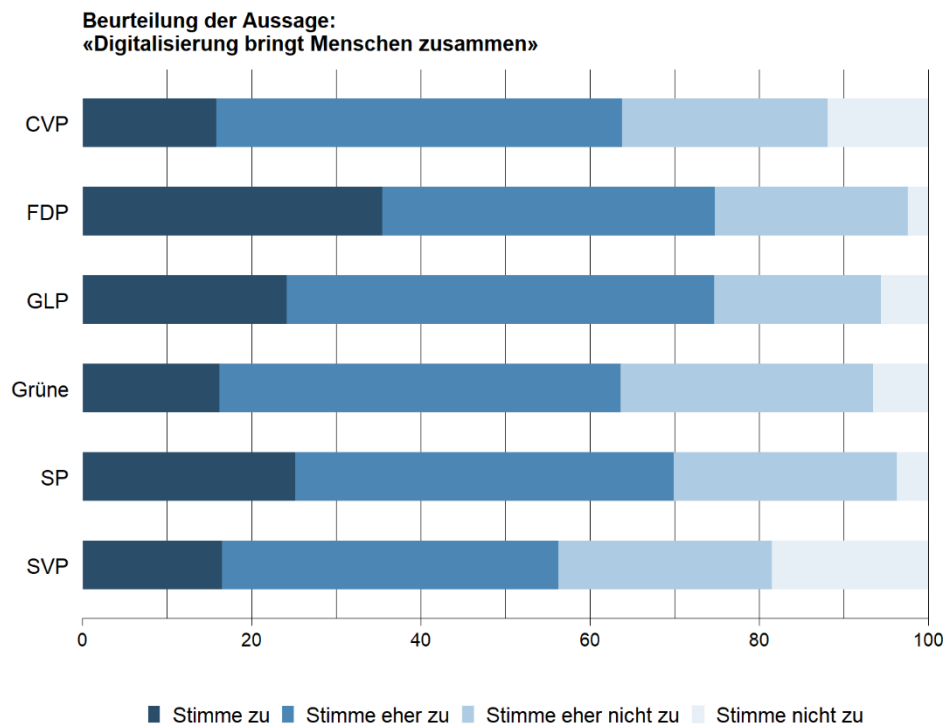


Tabelle 3.10: Mittelwerte zu Frage 4.5 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	2.7	(177)	2.7	2.7	2.7
FDP	3.1	(127)	3.2	3.0	3.0
GLP	2.9	(168)	2.9	3.0	2.5
Grüne	2.7	(154)	2.8	2.7	2.5
SP	2.9	(163)	3.1	2.8	2.6
SVP	2.5	(103)	2.6	2.5	1.8

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	2.6	2.7	2.7	2.6	2.5
FDP	2.8	3.2	3.2	2.7	-
GLP	2.9	3.0	3.1	2.4	2.5
Grüne	2.8	2.7	2.9	2.2	1.7
SP	2.8	3.0	3.0	2.6	2.4
SVP	2.2	2.6	2.7	1.7	2.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = keine Zustimmung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Abbildung 3.11: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 4.6 nach Partei

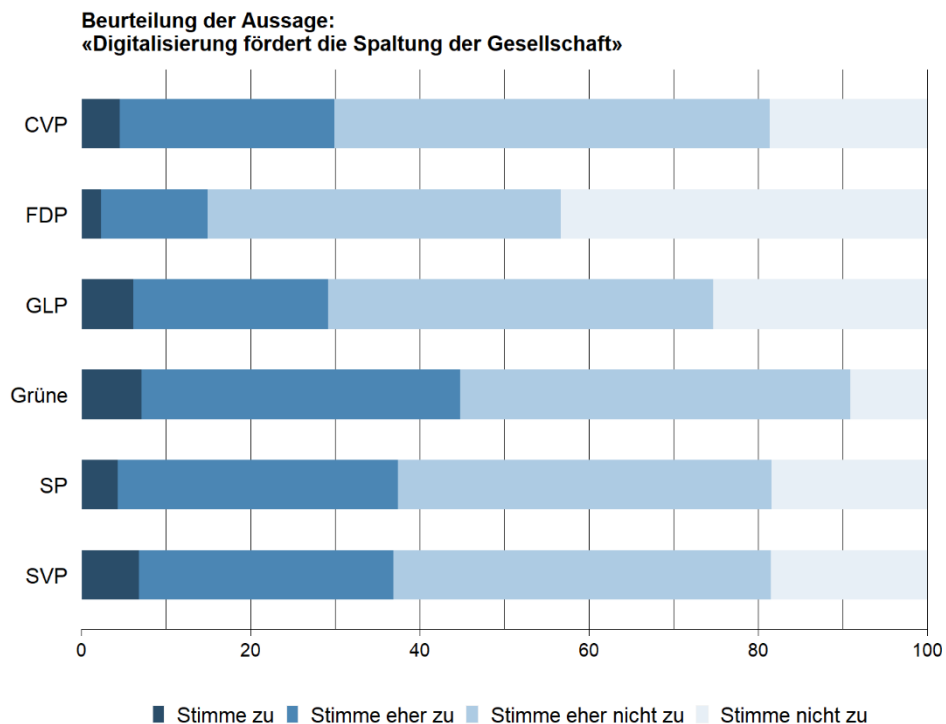


Tabelle 3.11: Mittelwerte zu Frage 4.6 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	2.2	(177)	2.2	2.1	2.1
FDP	1.7	(127)	1.8	1.7	3.0
GLP	2.1	(178)	2.3	1.9	2.3
Grüne	2.4	(154)	2.4	2.4	2.5
SP	2.2	(163)	2.3	2.2	2.4
SVP	2.3	(103)	2.3	2.1	3.2

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	2.1	2.2	2.2	2.1	1.5
FDP	1.8	1.7	1.7	1.8	-
GLP	2.1	2.1	2.0	2.5	1.5
Grüne	2.4	2.4	2.4	2.5	2.7
SP	2.2	2.3	2.2	2.3	2.2
SVP	2.8	2.1	2.1	2.8	2.5

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = keine Zustimmung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Abbildung 3.12: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 4.7 nach Partei

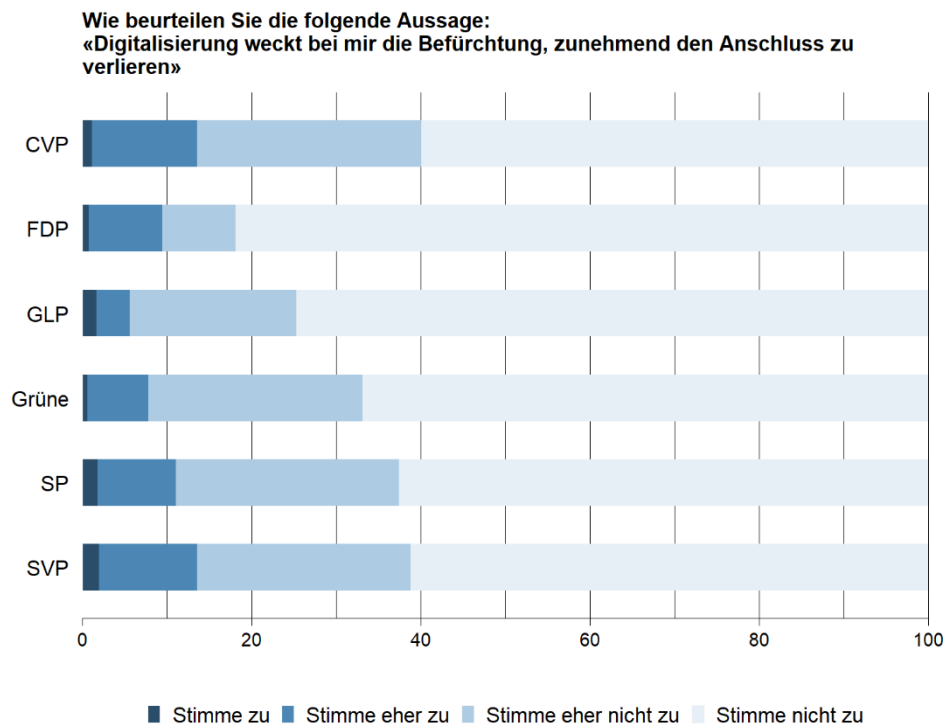


Tabelle 3.12: Mittelwerte zu Frage 4.7 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	1.5	(177)	1.6	1.5	1.9
FDP	1.3	(127)	1.3	1.3	1.0
GLP	1.3	(178)	1.4	1.3	1.6
Grüne	1.4	(154)	1.4	1.4	1.5
SP	1.5	(163)	1.4	1.6	1.6
SVP	1.5	(103)	1.5	1.5	2.2

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	1.6	1.5	1.5	1.6	1.3
FDP	1.5	1.2	1.2	1.7	-
GLP	1.3	1.3	1.3	1.5	2.0
Grüne	1.5	1.3	1.3	1.6	2.0
SP	1.7	1.4	1.5	1.6	1.4
SVP	1.9	1.5	1.5	1.8	2.5

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = keine Zustimmung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

3.2 Digitale Demokratie

Box 3.3: Zusammenfassung und Fazit

Auch bei digitalen Innovationen im Bereich der demokratischen Meinungsbildung und Entscheidungsfindung erfolgt die Beurteilung oft entlang ideologischer Linien. Insbesondere, wenn Regulierungsfragen ins Spiel kommen, tritt der in der Politik dominante Links-rechts-Gegensatz auch bei Digitalisierungsfragen deutlich hervor (beispielsweise beim Thema Regulierung von Social-Media-Plattformen). Interessant ist die unterschiedliche Beurteilung von E-Voting (elektronische Stimmabgabe) und E-Collecting (Sammeln von Online-Unterschriften für Initiativen und Referenden). Während das E-Voting tendenziell liberale Befürworter von konservativen Gegnern trennt, führt das E-Collecting zu linken Befürwortern und rechten Gegnern. Daneben zeigt sich aber auch eine Reihe von Themen, welche von den Kandidierenden aller Parteien mehrheitlich gleich beurteilt werden. So finden sich Mehrheiten für die Bekämpfung der negativen Auswüchse von Social-Media-Plattformen (z.B. im Bereich der «Fake News»-Verbreitung). Umstritten ist in diesem Bereich hingegen, ob dies mittels staatlicher Regulierung oder über eine Selbstregulierung der Branche geschehen soll. Beim Thema «Social Media» zeigt sich zudem, dass jüngere Kandidierende die Beschränkung solcher Plattformen kritischer betrachten als die älteren. Darüber hinaus bestätigt die Auswertung den schlechten Ruf, den der Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) im Rahmen staatlicher Entscheidungen geniesst. In diesem Bereich besteht ganz offensichtlich eine grössere Kluft zwischen der Einschätzung durch die Politik und der Rolle, die KI in der Forschung und Industrie heute spielt.

Dieser Abschnitt zur digitalen Demokratie befasst sich mit drei Themenbereichen: erstens, mit den Positionen hinsichtlich der Möglichkeiten die politischen Rechte digital auszuüben und der digitalen Unterstützung von Entscheidungsfindungsprozessen, zweitens mit Fragen zur Regulierung von Social Media-Plattformen und schliesslich drittens mit den Einschätzungen zur Digitalisierung politischer Partizipationsmöglichkeiten.

Digitalisierung von Stimmabgabe und Entscheidungsfindungsprozessen

Über kein anderes Thema im Bereich der digitalen Demokratie wurde 2019 so intensiv gestritten wie über die Frage, ob E-Voting als zusätzlicher Kanal für die Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen eingeführt werden soll oder nicht. Ursprünglich war geplant, E-Voting als zusätzlichen Stimmkanal bereits 2019 flächendeckend einzuführen. Angesichts der Sicherheitsprobleme bei beiden eingesetzten Softwarelösungen des E-Voting-Projekts des Bundes und der Kantone wurde jedoch im Juni 2019 entschieden, vorläufig auf den Einsatz der elektronischen Stimmabgabe im ordentlichen Betrieb zu verzichten.¹⁰ Zudem wurde im Frühling 2019 eine Volksinitiative lanciert, welche ein E-Voting-Moratorium verlangt.¹¹ Eine parlamentarische Initiative mit demselben Ziel fand inzwischen im Nationalrat eine Mehrheit.¹² Dennoch will der letzte verbliebene Anbieter einer E-Voting-Plattform für die Schweiz diese bereits 2020 wieder einsetzen.¹³ Die Thematik dürfte also noch für längere Zeit aktuell bleiben.

Auf eine Frage zum E-Voting wurde im Rahmen des Digitalisierungsmonitors verzichtet, da das Thema durch den «smartvote»-Fragebogen bereits abgedeckt wurde. Die dort gestellte Frage lautet wie folgt:

¹⁰ Vgl. <https://www.bk.admin.ch/bk/de/home/dokumentation/medienmitteilungen.msg-id-75615.html>

¹¹ Vgl. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis493.html>

¹² Vgl. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20180468>

¹³ Vgl. <https://www.nzz.ch/schweiz/e-voting-druck-fuer-einen-neustart-steigt-ld.1531336>

Frage 5¹⁴

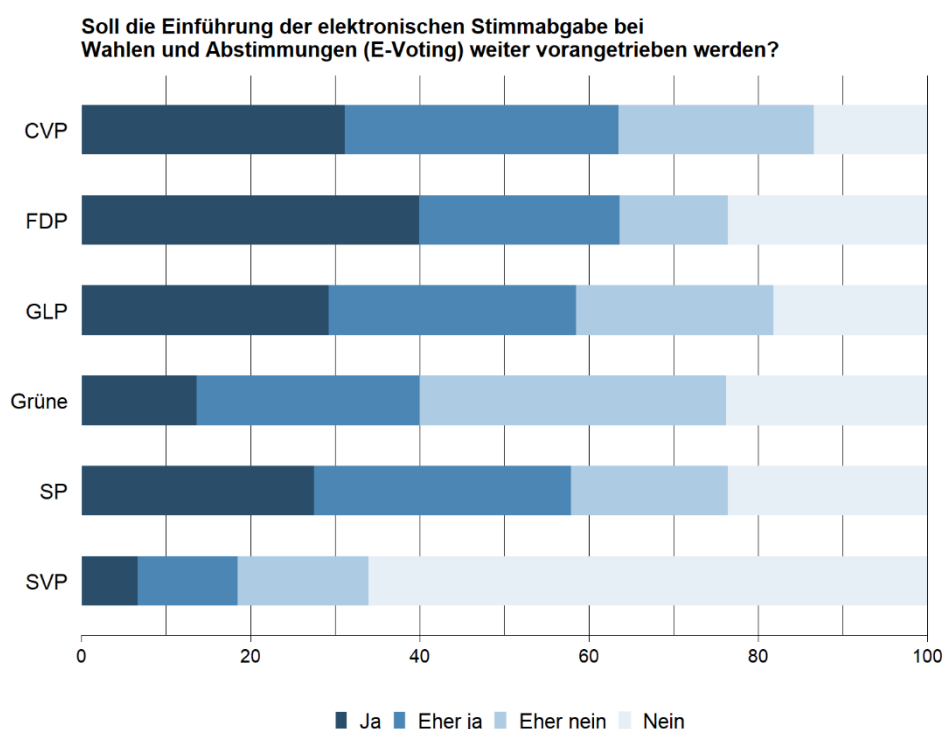
Soll die Einführung der elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen (E-Voting) weiter vorangetrieben werden?

Antwortoptionen:

«Nein» (1), «Eher nein» (2), «Eher ja» (3) und «Ja» (4).

Die Kontroverse der öffentlichen Diskussion zum E-Voting bildet sich auch bei den Parteipositionen ab (vgl. Abbildung 3.13). Mehrheitlich für die Einführung von E-Voting äussern sich die Kandidierenden von CVP und FDP mit jeweils knapp 64 Prozent Zustimmung. Weniger deutlich fällt die Mehrheit unter GLP- und SP-Kandidierenden aus (59 bzw. 58 Prozent). Ablehnende Mehrheiten ergeben sich bei den Grünen (60 Prozent dagegen) und besonders deutlich bei den Kandidierenden der SVP, die sich zu rund 82 Prozent gegen die Einführung des E-Votings aussprechen. Während E-Voting seit der ersten Ankündigung vor 20 Jahren oft im politischen Gegenwind stand, haben die in letzter Zeit öffentlich gewordenen Transparenz- und Sicherheitsmängel der eingesetzten Systeme sicher nicht zu einer positiveren Haltung beigetragen. Speziell mit Blick auf die SVP dürfte zudem auch die ablehnende Haltung gegenüber Neuerungen im Bereich der politischen Partizipation, welche sich auch bei anderen Fragen des Digitalisierungsmonitors zeigt, eine weitere Rolle spielen. Die bereits erwähnte Abstimmung im Nationalrat zeigt, dass die Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Vergleich zu den nicht gewählten Kandidierenden generell skeptischer gegenüber einer zügigen Einführung des E-Votings eingestellt sind.

Abbildung 3.13: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 5 nach Partei



Die Auswertung nach Geschlecht zeigt, dass in allen Parteien Frauen die Einführung von E-Voting etwas stärker befürworten als die Männer (vgl. Tabelle 3.13), was angesichts deren generell grösseren Skepsis bezüglich der Auswirkungen der Digitalisierung (vgl. Abschnitt 3.1) eher erstaunt. Nach Alter betrachtet, zeigt sich kein einheitliches Muster bezüglich der Befürwortung bzw. Ablehnung von E-Voting. Was

¹⁴ Vgl. Frage 3, Anhang 2.

sich allerdings zeigt: In der französischen Sprachregion ist E-Voting etwas beliebter als unter Deutschschweizer Kandidierenden. Mögliche Gründe dafür sind, dass die SVP als am kritischsten eingestellte Partei in der Deutschschweiz mehr Kandidierende aufweist als in der französischsprachigen Schweiz, und dass die Gegner des E-Votings in der Deutschschweiz deutlich aktiver sind.

Tabelle 3.13: Mittelwerte zu Frage 5 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total	Alter			
	Mw. (N)	18-34	35-64	65+	
CVP	2.8 (606)	2.8	2.8	2.7	
FDP	2.8 (501)	2.4	3.2	2.7	
GLP	2.7 (451)	2.5	2.9	2.6	
Grüne	2.3 (425)	2.4	2.2	2.0	
SP	2.6 (553)	2.3	3.0	2.8	
SVP	1.6 (433)	1.5	1.7	1.3	

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	2.9	2.7	2.8	3.0	2.8
FDP	3.0	2.7	2.8	2.9	3.1
GLP	2.8	2.6	2.7	2.7	3.6
Grüne	2.3	2.2	2.2	2.5	2.7
SP	2.7	2.6	2.6	2.8	2.7
SVP	1.7	1.6	1.5	1.7	1.8

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = Ablehnung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Im Rahmen des Digitalisierungsmonitors wurden die Kandidierenden jedoch zu weiteren Aspekten einer digitalen Demokratie befragt:

Frage 6¹⁵:

In welchen Bereichen sollte der Staat die eigene digitale Entwicklung beschleunigen bzw. drosseln?

6.1: Einführen von E-Collecting (Online-Unterschriftensammlung für Initiativen / Referenden)

6.2: Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) zur Unterstützung staatlicher Entscheidungen

Antwortoptionen:

«Darauf ganz verzichten» (1), «Tempo eher drosseln» (2), «Weiter wie bisher» (3), «Tempo eher erhöhen» (4), «Tempo stark erhöhen» (5).

In Bezug auf das Thema E-Collecting – die Möglichkeit, Unterschriften für Initiativen und Referenden online zu sammeln – ist der Vergleich zur vorangegangenen E-Voting-Frage interessant. Dies auch vor dem Hintergrund der aktuellen Debatte, welche E-Collecting als nutzerfreundliche und weniger risikobehaftete Alternative zum E-Voting betrachtet, was aus politikwissenschaftlicher Sicht allerdings zweifelhaft erscheint.¹⁶ Der Bundesrat hat sich 2018 entsprechend ablehnend zu einem parlamentarischen Vorstoss geäußert, der die Online-Unterschriftensammlung einführen wollte.¹⁷

Die nun vorliegende Auswertung des Digitalisierungsmonitors zeigt, dass vor allem bei mitte-links Parteien das Online-Sammeln von Unterschriften eine sehr beliebte Forderung darstellt (vgl. Abbildung 3.14). Bei SP, Grünen und GLP finden sich Mehrheiten zwischen 64 (GLP) und 71 Prozent (Grüne), welche

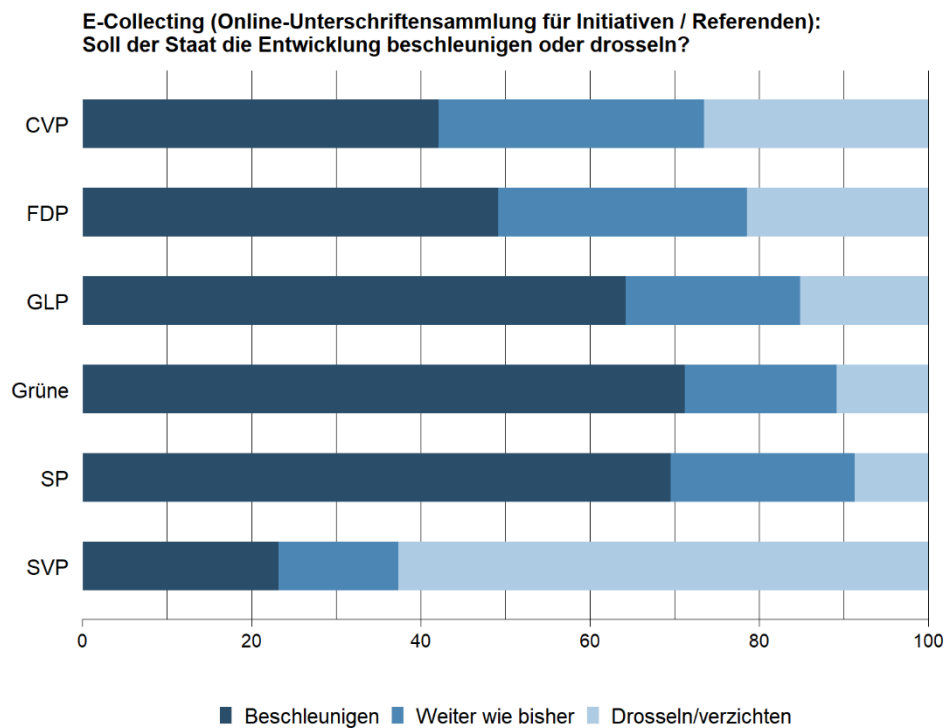
¹⁵ Vgl. Frage 8 (Antwortoptionen 6 und 7), Anhang 1.

¹⁶ Vgl. <https://www.nzz.ch/schweiz/dein-smartphone-ist-auch-ein-unterschriftenbogen-ld.1359948> bzw. <https://leges.weblaw.ch/legesissues/2017/3/20173531-545.html>

¹⁷ Vgl. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaefte?AffairId=20183062>

das Tempo in diesem Bereich beschleunigen möchten. Während sich bei der CVP und FDP keine klare Tendenz zwischen «Beschleunigern» und die «Bewahrern» ausmachen lässt, findet sich bei der SVP mit 63 Prozent eine deutliche Mehrheit, welche auf das E-Collecting auch in Zukunft verzichten möchte.

Abbildung 3.14: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 6.1 nach Partei¹⁸



Keine einheitlichen Tendenzen ergibt die Auswertung nach Geschlecht (vgl. Tabelle 3.14). Bei der CVP, FDP und SP sind es die Kandidatinnen, welche E-Collecting im Durchschnitt etwas rascher als die Kandidaten einführen möchten, hingegen verhält es sich bei der SVP, Grünen und GLP genau umgekehrt. Gleiches lässt sich über die Analyse nach Sprachregionen sagen. In der CVP und der SP möchten die französischsprachigen Kandidierenden E-Collecting schneller einführen als die Kandidierenden aus der Deutschschweiz, während bei den anderen vier Parteien das Gegenteil der Fall ist. Einheitlich präsentiert sich das Bild dagegen bei den Altersgruppen. So steht das digitale Sammeln von Unterschriften unter den jüngeren Kandidierenden höher im Kurs als bei den Kandidierenden ab 65 Jahren.

¹⁸ Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten wurden die fünf Antwortkategorien für die Abbildung in drei Antwortkategorien recodiert/gruppiert.

Tabelle 3.14: Mittelwerte zu Frage 6.1 nach Geschlecht, Alter und Sprache

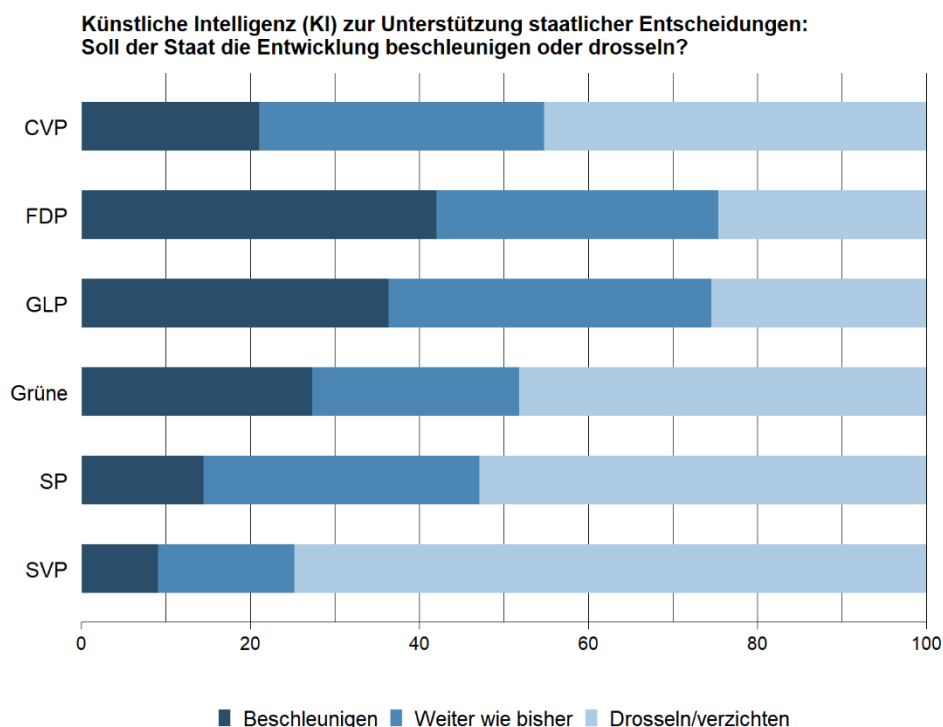
	Total	Alter			
	Mw. (N)	18-34	35-64	65+	
CVP	3.2 (166)	3.3	3.1	3.0	
FDP	3.4 (126)	3.5	3.4	3.0	
GLP	3.8 (165)	3.8	3.8	3.3	
Grüne	4.0 (139)	4.1	3.9	3.7	
SP	3.9 (138)	4.2	3.8	3.9	
SVP	2.2 (99)	2.4	2.1	1.6	

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	3.2	3.1	3.1	3.4	3.5
FDP	3.5	3.4	3.5	3.2	-
GLP	3.6	3.9	3.9	3.2	4.0
Grüne	3.9	4.1	4.0	3.9	3.7
SP	4.0	3.9	3.9	4.0	4.3
SVP	2.0	2.3	2.4	1.6	2.0

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Entwicklung drosseln, Werte > 3 = Entwicklung beschleunigen.

Deutlich stärkerer Widerstand unabhängig von der Parteizugehörigkeit schlägt dem KI-Einsatz im Rahmen von staatlichen Entscheidungsprozessen entgegen. In der Fragestellung wurde darauf verzichtet, konkrete Beispiele zu nennen oder den Begriff der künstlichen Intelligenz näher zu umschreiben. Naheliegend ist beispielsweise der KI-Einsatz zwecks Bewältigung umfangreicher Verwaltungs- oder Gerichtsverfahren. Die Art der Fragestellung zielte vielmehr auf eine allgemeine Einschätzung des KI-Begriffs in Verbindung mit staatlichen Entscheidungen ab. Die Resultate spiegeln den schlechten Ruf von KI-Lösungen wider (vgl. Abbildung 3.15). In keiner Partei findet sich eine Mehrheit, welche den KI-Einsatz rascher vorantreiben möchte. Die positivste Haltung nehmen diesbezüglich noch die FDP-Kandidierenden mit rund 42 Prozent ein. Relativ ausgeglichen zwischen «Bremsern» und «Beschleunigern» präsentiert sich das Bild innerhalb der GLP. Die klarsten Mehrheiten zugunsten eines langsameren Tempos bzw. eines Verzichts finden sich unter den Kandidierenden der SP und der SVP mit 53 bzw. 75 Prozent. Die offensichtliche Diskrepanz zwischen der Einschätzung durch die Politik und der Rolle, die KI-Lösungen in Anwendungen in der Forschung und der Wirtschaft spielt, ist eklatant und ruft nach einem stärkeren Austausch der unterschiedlichen Akteurinnen und Akteure.

Abbildung 3.15: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 6.2 nach Partei¹⁹



Nach Geschlecht ausgewertet ergibt sich bei allen Parteien ausser den Grünen, dass männliche Kandidierenden den KI-Einsatz zur Unterstützung staatlicher Entscheidungen rascher vorantreiben möchten als weibliche Kandidierende (vgl. Tabelle 3.15). Auch zeigt sich, dass deutschsprachige Kandidierende in allen Parteien ausser der CVP die KI-Anwendungen schneller einsetzen möchten als Kandidierenden aus der französischsprachigen Schweiz. Kein einheitliches Bild ergibt hingegen die Auswertung nach Altersgruppen.

Tabelle 3.15: Mittelwerte zu Frage 6.2 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	2.5	(166)	2.3	2.7	3.0
FDP	3.2	(126)	3.1	3.3	3.0
GLP	3.1	(165)	3.0	3.1	3.7
Grüne	2.5	(139)	2.4	2.7	2.0
SP	2.4	(138)	2.2	2.4	2.8
SVP	1.8	(99)	1.7	2.0	1.8

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	2.5	2.6	2.5	2.6	3.0
FDP	3.2	3.2	3.3	3.0	-
GLP	2.9	3.2	3.1	2.9	3.5
Grüne	2.7	2.4	2.7	2.1	3.3
SP	2.3	2.4	2.4	2.1	4.3
SVP	1.6	1.9	1.9	1.5	1.0

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Entwicklung drosseln, Werte > 3 = Entwicklung beschleunigen.

¹⁹ Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten wurden die fünf Antwortkategorien für die Abbildung in drei Antwortkategorien recodiert/gruppiert.

Regulierung von Social Media-Plattformen

Die Wahrnehmung von Social Media-Plattformen hat sich in der öffentlichen und medialen Diskussion in den vergangenen Jahren deutlich gewandelt. Zunächst wurden sie überschwänglich als Instrumente und Informationskanäle gesehen, die den Bürgerinnen und Bürgern ganz neue Möglichkeiten der politischen Partizipation und Diskussion eröffnen. So wurde oft berichtet, dass die demokratischen Bewegungen des Arabischen Frühlings 2011 ohne Social Media gar nicht möglich gewesen wären. Doch spätestens seit der Brexit-Abstimmung und der Wahl Donald Trumps 2016 sowie der darauffolgenden Enthüllungen rund um Facebook und Cambridge Analytica bezüglich der Verwendung und Weitergabe von Nutzerdaten im Rahmen von politischen Kampagnen hat der Wind gedreht. Heute werden Social Media eher als Problem und Gefahr für die Demokratie betrachtet und primär mit Schlagworten wie «Fake News» oder Desinformation in Verbindung gebracht. Auch die laufend zunehmende Polarisierung der Politik wird oft den Social Media angelastet. Inwiefern diese Sichtweisen – sowohl die euphorische als auch die negative – zutreffen, ist zurzeit in der Wissenschaft ein heftig umstrittenes Thema.

Ungeachtet dessen hat – wenn auch in der Schweiz weniger ausgeprägt als im Ausland – die Diskussion über allenfalls notwendige Regulierungen dieser Plattformen an Fahrt aufgenommen. Der Digitalisierungsmonitor enthält fünf Statements bezüglich Social Media im Zusammenhang mit deren Regulierung, zu denen die Kandidierenden ihre Zustimmung oder Ablehnung ausdrücken konnten:

Frage 7:²⁰

Wie beurteilen Sie folgende Aussagen bezüglich Online-Plattformen, soziale Medien bzw. soziale Netzwerke?

7.1: Social-Media-Plattformen sollen denselben Regeln unterworfen sein wie herkömmliche Medien (z.B. Haftung für veröffentlichte Inhalte der User/-innen).

7.2: Social-Media-Plattformen sollen verpflichtet werden, aktiver gegen Fake News (erfundene oder manipulierte Nachrichten) und systematische Desinformation vorzugehen.

7.3: Es reicht, wenn die sozialen Medien ihre Verantwortung über eine Selbstregulierung innerhalb der Branche wahrnehmen; ein staatliches Eingreifen ist unnötig.

7.4: Anbieter von Online-Werbung sollen verpflichtet werden, ein öffentliches Verzeichnis aller publizierten Anzeigen mit politischem Inhalt zu führen.

7.5: Social-Media-Plattformen sollen für die Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Inhalten durch ihre User/-innen (z.B. für Bilder oder Videos) eine Urheberrechtsabgabe bezahlen.

Antwortoptionen:

«Stimme nicht zu» (1), «Stimme eher nicht zu» (2), «Stimme eher zu» (3), «Stimme zu» (4).

Die Aussage 7.1 fordert, dass Social-Media-Plattformen rechtlich wie herkömmliche Medien behandelt werden sollen (z.B. was ehrverletzende Aussagen oder Drohungen gegen Personen betrifft). Die Auswertung zeigt, dass in allen Parteien eine Mehrheit der Kandidierenden dieser Forderung zustimmt (vgl. Abbildung 3.16). Bei der FDP und SVP handelt es sich mit 56 bzw. 57 Prozent allerdings um relativ knappe Mehrheiten. Die deutlichste Zustimmung ist bei der CVP, SP und Grünen zu verzeichnen (zwischen 83 und 93 Prozent). In den meisten Parteien stimmen Frauen der Aussage stärker zu als Männer, ebenso zeigt sich deutlich, dass die Forderung bei der ältesten Altersgruppe am beliebtesten ist und bei der jüngsten Gruppe auf die geringste Zustimmung stösst (vgl. Tabelle 3.16). Junge Kandidierende, die wohl intensivste Nutzergruppe sozialer Medien, betonen somit stärker den Plattform- und Netzwerkgedanken und sehen eine Angleichung an die herkömmlichen Medien am kritischsten. Aus der Analyse geht schliesslich auch hervor, dass die Forderung in der französischsprachigen Schweiz über einen grösseren Rückhalt verfügt als in der Deutschschweiz.

²⁰ Vgl. Frage 11, Anhang 1.

Abbildung 3.16: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 7.1 nach Partei

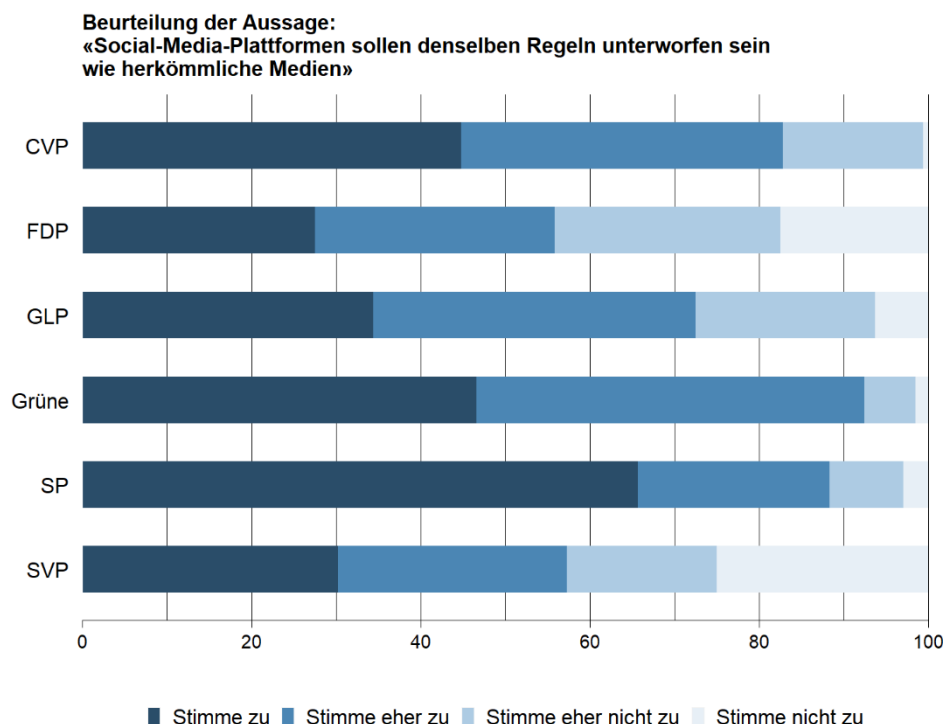


Tabelle 3.16: Mittelwerte zu Frage 7.1 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.3	(163)	3.2	3.3	3.4
FDP	2.7	(120)	2.3	3.0	4.0
GLP	3.0	(160)	2.9	3.1	3.6
Grüne	3.4	(133)	3.3	3.4	3.8
SP	3.5	(137)	3.3	3.7	3.4
SVP	2.6	(96)	2.1	3.2	3.8

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	3.2	3.3	3.3	3.0	3.8
FDP	2.9	2.6	2.6	2.9	-
GLP	3.2	2.9	2.9	3.3	3.5
Grüne	3.4	3.4	3.3	3.5	3.0
SP	3.6	3.5	3.5	3.5	3.7
SVP	3.3	2.5	2.5	3.0	4.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = Ablehnung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Auch die zweite Forderung wird von einer Mehrheit der Kandidierenden in allen Parteien unterstützt. Sie verlangt eine Verpflichtung von Social-Media-Plattformen aktiver gegen «Fake News» und systematische Desinformation der Bürgerinnen und Bürger vorzugehen. Die Spannweite der Zustimmung reicht von 54 bzw. 59 Prozent bei SVP und FDP bis 95 Prozent bei SP und Grünen (vgl. Abbildung 3.17). In der FDP und der SVP zeigen sich Unterschiede nach Geschlecht, indem Frauen die Forderung stärker unterstützen als Männer (vgl. Tabelle 3.17). In Bezug auf die Sprachregionen sind vor allem bei FDP und SVP grössere Unterschiede auszumachen: Französischsprachige Kandidierende unterstützen die Forderung stärker als Kandidierende aus der Deutschschweiz. Kein einheitlich interpretierbares Bild ergibt demgegenüber die Auswertung nach Alterskategorien.

Abbildung 3.17: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 7.2 nach Partei

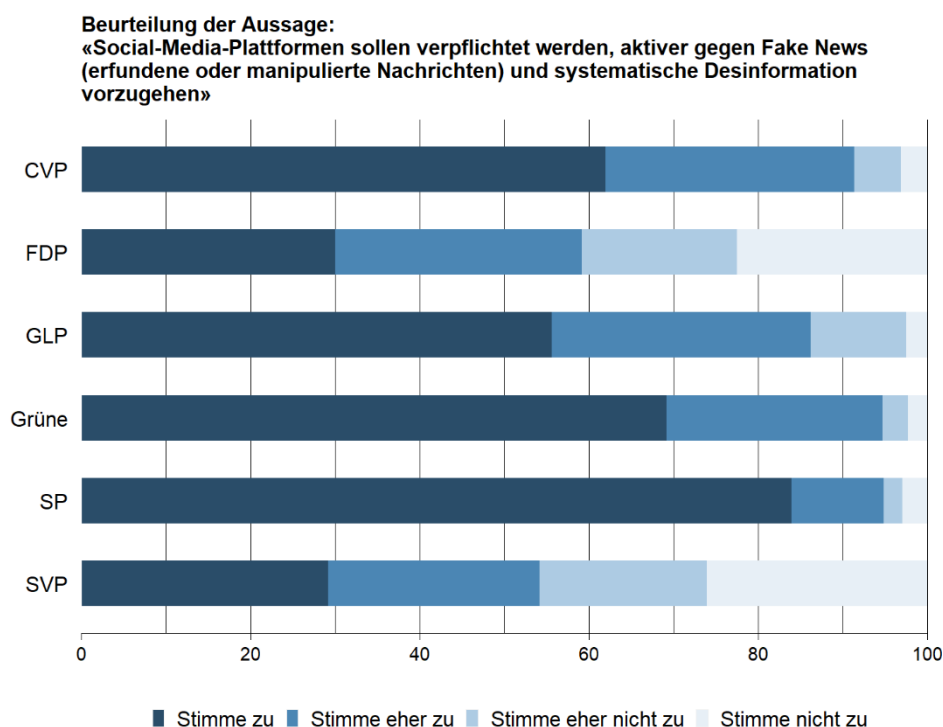


Tabelle 3.17: Mittelwerte zu Frage 7.2 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.5	(163)	3.5	3.5	3.8
FDP	2.7	(120)	2.4	2.9	4.0
GLP	3.4	(160)	3.3	3.4	3.3
Grüne	3.6	(133)	3.6	3.6	3.5
SP	3.8	(137)	3.8	3.8	3.7
SVP	2.6	(96)	2.6	2.5	2.8

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	3.5	3.5	3.5	3.3	3.7
FDP	3.1	2.5	2.5	3.3	
GLP	3.4	3.4	3.4	3.4	3.5
Grüne	3.6	3.6	3.6	3.6	4.0
SP	3.8	3.8	3.8	3.7	3.3
SVP	2.9	2.5	2.5	3.0	1.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = Ablehnung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Ein anderes Bild ergibt die Auswertung der Aussagen 7.3, 7.4 und 7.5. Die Aussage, dass eine Selbstregulierung der Social-Media-Plattformen ausreicht und es entsprechend keiner staatlichen Massnahmen bedarf, wird von einer Mehrheit der FDP- (63 Prozent) und SVP-Kandidierenden (60 Prozent) begrüsst (vgl. Abbildung 3.18). Die Kandidierenden der übrigen Parteien lehnen das Statement hingegen mit Mehrheiten zwischen 71 (GLP) und 97 Prozent (Grüne) ab. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind insgesamt sehr gering. Wo Unterschiede nach Alterskategorien feststellbar sind (FDP, SVP, Grüne, GLP), zeigt sich, dass die jüngsten Kandidierenden der Selbstregulierung mehr abgewinnen können als die älteren Kandidierenden. Hinsichtlich der Sprache sind nur gerade bei der FDP grössere

Unterschiede festzustellen: Deutschschweizer Kandidierende sprechen sich stärker für Selbstregulierung aus als französischsprachige Kandidierende.

Abbildung 3.18: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 7.3 nach Partei

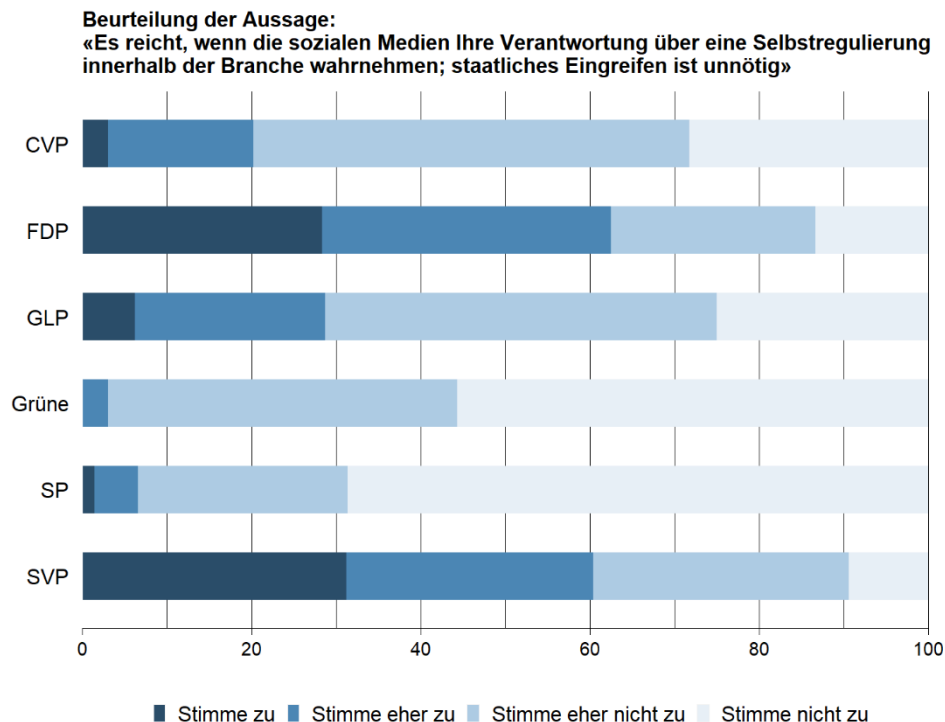


Tabelle 3.18: Mittelwerte zu Frage 7.3 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	2.0	(163)	2.0	1.9	1.8
FDP	2.8	(120)	3.1	2.5	2.0
GLP	2.1	(160)	2.3	2.0	1.6
Grüne	1.5	(133)	1.5	1.4	1.0
SP	1.4	(137)	1.3	1.4	1.5
SVP	2.8	(96)	3.0	2.6	2.6

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	2.0	1.9	1.9	2.1	1.8
FDP	2.8	2.7	2.9	2.4	
GLP	2.0	2.1	2.1	2.1	2.0
Grüne	1.6	1.4	1.5	1.5	1.3
SP	1.5	1.3	1.4	1.3	2.0
SVP	2.7	2.9	2.8	2.8	2.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = Ablehnung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Ein ähnliches Muster zeigt sich bei der Frage, ob Anbieter von Online-Werbung verpflichtet werden sollen, ein öffentliches Verzeichnis der publizierten politischen Werbung zu führen. Die Formulierung lehnt sich an die seit 2019 gültigen Transparenzregeln für Wahlwerbung in Kanada an.²¹ Auch diese Forderung lehnen FDP und SVP mit 75 bzw. 80 Prozent ab, während die Kandidierenden der anderen

²¹ Vgl. <https://www.heise.de/newsticker/meldung/Google-Keine-Wahlwerbung-vor-Kanada-Wahl-4326073.html>

Parteien mit 56 (CVP) bis 93 Prozent (SP und Grüne) die Forderung unterstützen (vgl. Abbildung 3.19). Die geschlechterspezifischen Unterschiede fallen insgesamt wiederum recht gering und ohne klare Tendenz aus. Auch bei der Auswertung nach Altersgruppen und nach Sprachregionen zeigen sich kaum nennenswerte Unterschiede. Eine Ausnahme bildet die SVP, bei der einerseits die über 65-Jährigen und andererseits die französischsprachigen Kandidierenden die Forderung deutlich stärker unterstützen als die beiden jüngeren Altersgruppen bzw. die Deutschschweizer Kandidierenden.

Abbildung 3.19: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 7.4 nach Partei

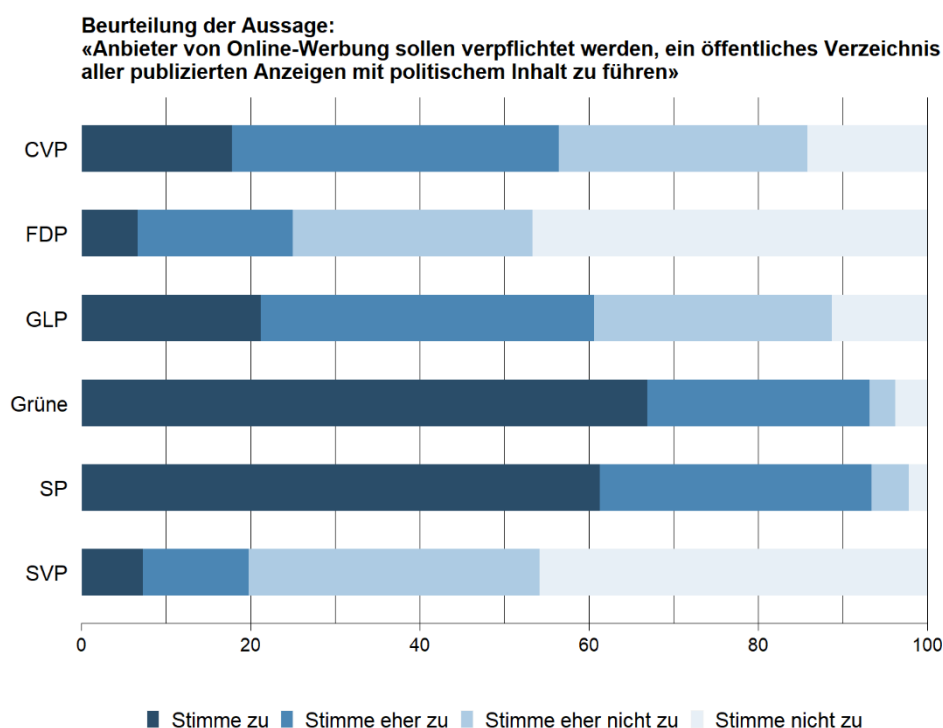


Tabelle 3.19: Mittelwerte zu Frage 7.4 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	2.6	(163)	2.7	2.5	2.8
FDP	1.9	(120)	1.8	1.8	4.0
GLP	2.7	(160)	2.7	2.7	2.7
Grüne	3.6	(133)	3.6	3.5	3.8
SP	3.5	(137)	3.7	3.4	3.5
SVP	1.8	(96)	1.8	1.7	3.0

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	2.6	2.6	2.6	2.5	3.3
FDP	2.1	1.8	1.8	2.0	-
GLP	2.7	2.7	2.7	2.7	2.5
Grüne	3.7	3.5	3.6	3.4	4.0
SP	3.4	3.6	3.6	3.5	3.3
SVP	1.8	1.8	1.7	2.3	2.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = Ablehnung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Das letzte Statement 7.5 fordert, dass Social-Media-Plattformen eine Abgabe für die Verbreitung urheberrechtlich geschützter Inhalte bezahlen sollen. Die Forderung ist so zu verstehen, dass die Plattformbetreiber das Heraufladen geschützter Inhalte nicht mittels sogenannter Upload-Filter verhindern dürfen, sondern die Kosten entweder selbst tragen oder den User/-innen weiterverrechnen. Die Auswertung zeigt, dass die Forderung bei der CVP (60 Prozent), den Grünen (74 Prozent) und der SP (77 Prozent) mehrheitlich Anklang findet, von den restlichen Parteien hingegen abgelehnt wird (relativ knapp mit 54 Prozent von der GLP, jedoch eher deutlich mit 66 bzw. 69 Prozent von FDP und SVP) (vgl. Abbildung 3.20). Deutliche Unterschiede nach Geschlecht sind unter den Kandidierenden von SVP, Grünen und GLP auszumachen, bei denen jeweils die Frauen der Forderung positiver gegenüberstehen als die Männer (vgl. Tabelle 3.20). Bezüglich der Auswertung nach Altersgruppen sowie nach Sprachregionen zeigt sich deutlich, dass einerseits jüngere Kandidierende als auch solche aus der Deutschschweiz die Forderung kritischer sehen als ältere bzw. französischsprachige Kandidierende.

Abbildung 3.20: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 7.5 nach Partei

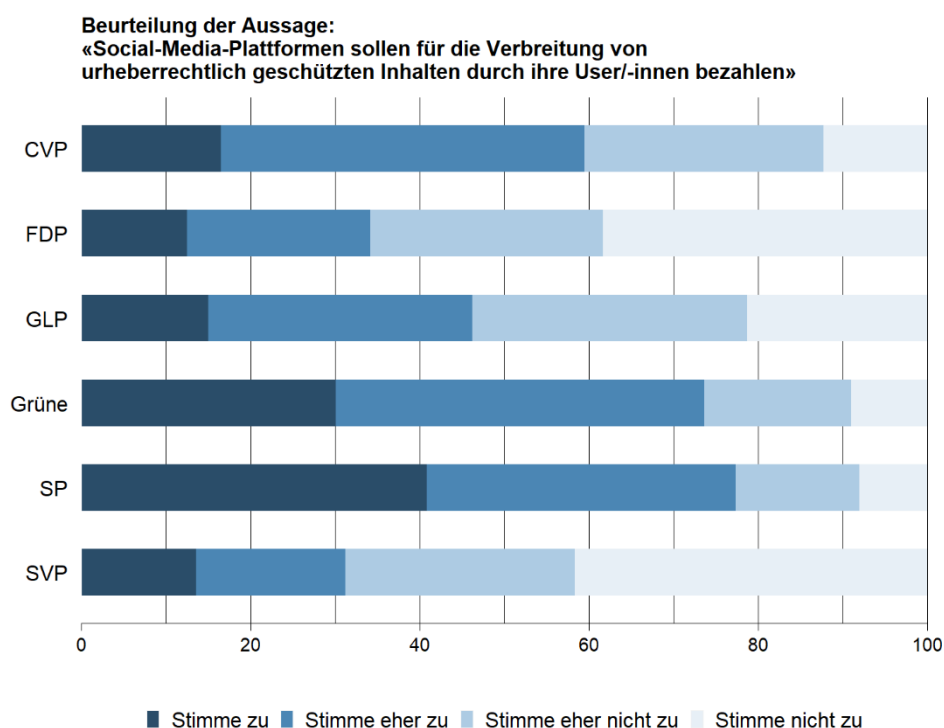


Tabelle 3.20: Mittelwerte zu Frage 7.5 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total	Alter			
	Mw. (N)	18-34	35-64	65+	
CVP	2.6 (163)	2.6	2.6	3.0	
FDP	2.1 (120)	1.9	2.2	4.0	
GLP	2.4 (160)	2.2	2.5	3.0	
Grüne	2.9 (133)	2.8	3.1	3.0	
SP	3.1 (137)	2.8	3.2	3.5	
SVP	2.0 (96)	1.8	2.2	2.8	

	Geschlecht			Sprache	
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	2.7	2.6	2.6	2.7	2.7
FDP	2.3	2.0	1.9	2.9	
GLP	2.7	2.2	2.3	2.9	2.0
Grüne	3.2	2.8	2.9	3.1	2.7
SP	3.2	3.0	3.0	3.3	3.7
SVP	2.6	1.9	1.9	2.7	2.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = Ablehnung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Versuchsgemeinden für mehr Bürgerbeteiligung und partizipative Demokratiemodelle

Seit einigen Jahren werden immer öfter neue Formen des Einbezugs der Bürgerinnen und Bürger im Rahmen neuer partizipativer Demokratiemodelle ausprobiert. Dazu gehören beispielsweise partizipative Foren bei denen eine Gruppe ausgeloster Bürgerinnen und Bürger offline und/oder über Online-Plattformen in mehreren moderierten Gesprächsrunden und Expertenhearings einen Lösungs- bzw. Gesetzesvorschlag zu einem zuvor klar definierten Thema erarbeiten.²² Dieser wird dann dem Parlament oder mittels Referendum der Bevölkerung zur definitiven Entscheidung vorgelegt. Ein anderes Beispiel stellen partizipative Budgets dar. Bei diesem Ansatz können die Bürgerinnen und Bürger direkt über die Verwendung eines Teils der jährlichen Ausgaben bestimmen.²³

Während im Ausland solche Ansätze zur Ergänzung und dem Ausbau der bestehenden demokratischen Prozesse immer häufiger angewandt werden, wurden in der Schweiz bislang nur einige wenige und auch inhaltlich sehr limitierte Testläufe mit partizipativen Ansätzen durchgeführt. Dabei würde sich die Schweiz mit ihrer ausgeprägten föderalen Struktur geradezu ideal als Labor für neue Formen der Partizipation eignen. Daher wurden die Kandidierenden im Rahmen des Digitalisierungsmonitors gefragt, ob sie die Möglichkeit «digitaler Versuchsgemeinden», die solche Ansätze der Bürgerbeteiligung testen, begrüßen würden.

²² Island hat auf diese Weise seine neue Verfassung ausarbeiten lassen und in Irland wurden über eine sogenannte «Citizen Assembly» Vorschläge für die gesetzliche Regelung von Schwangerschaftsabbrüchen und der Einführung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ausgearbeitet. In Belgien werden zur Zeit solche Modelle auch auf regionaler und lokaler Ebene getestet (vgl. <https://www.nzz.ch/international/die-stolzesten-belgier-sprechen-deutsch-ld.1532917>).

²³ Madrid verfügt z.B. über ein ausgebautes (Online-)Partizipationsmodell bei dem alle Einwohnerinnen und Einwohner über eine Online-Plattform Ideen einbringen und diskutieren, abstimmen oder auch über einen Teil des städtischen Budgets entscheiden können (vgl. <https://decide.madrid.es>).

Frage 12:²⁴

Befürworten Sie die Möglichkeit «digitaler Versuchsgemeinden», in denen neue Formen der demokratischen Bürgerbeteiligung und Entscheidungsfindung (z.B. partizipative Budgets) getestet werden?

Antwortoptionen:

«Nein» (1), «Eher nein» (2), «Eher ja» (3) und «Ja» (4).

Kandidierende aller Parteien mit Ausnahme der SVP befürworten klar, in Testgemeinden digitale Innovationen in Form von E-Partizipationsprojekten einzuführen, um deren Nutzung und Akzeptanz unter den Einwohnern zu ermitteln (vgl. Abbildung 3.21). Die Zustimmung bewegt sich zwischen 82 (CVP) und 94 Prozent (GLP). Die SVP-Kandidierenden sind in dieser Frage gespalten: Eine eher knappe Mehrheit von 57 Prozent lehnt die Idee ab, was erneut – wie bereits beim Thema E-Voting – die grundsätzliche Skepsis in der Partei gegenüber Innovationen im Bereich Meinungsbildung und Partizipation aufzeigt.

Die Unterschiede nach Geschlecht sind in allen Parteien gering (vgl. Tabelle 3.21). Hingegen zeigt sich in mehreren Parteien, dass digitale Versuchsgemeinden unter jüngeren Kandidierenden stärker befürwortet werden als bei den älteren (insbesondere bei der SVP und den Grünen; genau umgekehrt verhält es sich allerdings bei den Kandidierenden der CVP). Die Auswertung nach Sprache zeigt, dass die Deutschschweizer Kandidierenden der Idee etwas aufgeschlossener gegenüberstehen als die Kandidierenden aus der französischsprachigen Schweiz.

²⁴ Vgl. Frage 12, Anhang 1.

Abbildung 3.21: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 12 nach Partei

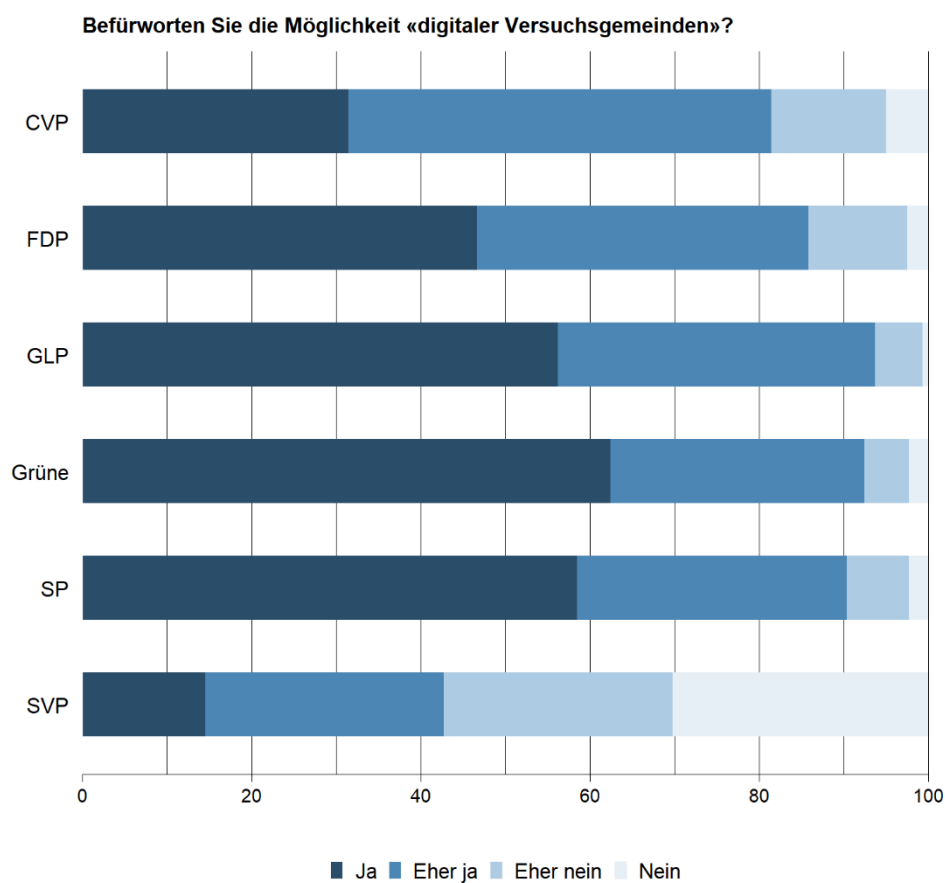


Tabelle 3.21: Mittelwerte zu Frage 12 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.1	(162)	2.9	3.2	3.5
FDP	3.3	(120)	3.3	3.3	3.0
GLP	3.5	(160)	3.5	3.5	3.3
Grüne	3.5	(133)	3.5	3.6	3.0
SP	3.5	(135)	3.5	3.5	3.3
SVP	2.3	(96)	2.4	2.2	1.6

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	3.1	3.0	3.1	3.0	3.0
FDP	3.4	3.3	3.4	3.0	-
GLP	3.5	3.5	3.6	3.1	3.5
Grüne	3.6	3.5	3.5	3.6	3.3
SP	3.4	3.5	3.5	3.4	3.3
SVP	2.1	2.3	2.3	2.3	3.0

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = Ablehnung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

3.3 Digitalisierungspolitik – Infrastruktur und Rahmenbedingungen

Box 3.4: Zusammenfassung und Fazit

Dieser Abschnitt zur Digitalisierungspolitik beinhaltet Fragen zur digitalen Infrastruktur, E-Government-Leistungen und zum Datenschutz. Bei vielen Fragen zeigen sich relativ breite zustimmende Mehrheiten. Die in den Medien oft sehr konfliktiv dargestellten Themen wie 5G-Mobilfunknetz, E-Health, E-ID und Datenschutz erweisen sich mit Blick auf die Kandidierenden und Parteien sehr viel konsensualer. So wird der 5G-Netzausbau vor allem von den Grünen bekämpft, während die grösste Skepsis in den Bereichen E-Government und Datenschutz auf der Seite der SVP besteht. In den restlichen Parteien überwiegen zumeist positive Einschätzungen. In Bezug auf die E-ID fällt auf, dass der vom Parlament verabschiedete Lösungsansatz, konzessionierte private Unternehmungen als E-ID-Provider zuzulassen, offenbar mit Ausnahme der FDP von allen Parteien abgelehnt wird. Ein zweiter überraschender Punkt betrifft den Vorschlag, ein Grundrecht auf digitale Unversehrtheit in der Verfassung zu verankern, dem alle Parteien wohlwollend gegenüberstehen. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass unter den Kandidierenden und Parteien in allen Bereichen der Digitalisierungspolitik im Grundsatz Mehrheiten für zukunftsgerichtete Lösungen bestehen.

In diesem Abschnitt geht es darum, die Haltungen der Kandidierenden zum Ausbau der digitalen Infrastruktur und digitale Leistungen des Staates sowie möglicher Anpassungen der Regelungen der Datenverwendung und des Datenschutzes zu analysieren. Diese Bereiche definieren die institutionellen Rahmenbedingungen, die für den Ausbau und für die Entwicklung neuer Ansätze einer digitalen Demokratie unverzichtbar sind.

Digitale Infrastruktur

Mit Blick auf die digitale Infrastruktur der Schweiz kommt dem Ausbau der technischen Infrastruktur bzw. der Netzwerke eine zentrale Bedeutung zu. Aktuell am heftigsten umstritten ist der Ausbau des Mobilfunknetzes gemäss dem 5G-Standard. Ähnlich wie bei den Debatten zu Beginn der 2000er-Jahre über den Ausbau der damaligen Mobilfunkantennen stehen auch dieses Mal wieder Gesundheits- und Strahlenschutzargumente den steigenden Bedürfnissen von Mobilfunknutzerinnen und -nutzern sowie der Wirtschaft gegenüber.

Die Frage, ob die Kandidierenden einen 5G-Ausbau des Mobilfunknetzes befürworten oder ablehnen, wird anhand der folgenden «smartvote»-Frage beantwortet:

Frage 8:

Soll der Ausbau des Mobilfunknetzes nach 5G-Standard weiter vorangetrieben werden?

Antwortoptionen:

«Nein» (1), «Eher nein» (2), «Eher ja» (3) und «Ja» (4).

Die Grünen sind die einzige Partei, deren Kandidierende den Ausbau des 5G-Netzes mehrheitlich ablehnen (79 Prozent) (vgl. Abbildung 3.22). Eher knapp, aber mit 59 Prozent mehrheitlich dafür zeigen sich die Kandidierenden der SP. In den anderen Parteien ist die 5G-Infrastruktur praktisch unbestritten mit Zustimmungswerten zwischen 74 (CVP) und 92 Prozent (FDP). In allen Parteien nehmen die Frauen gegenüber dem 5G-Standard eine skeptischere Haltung ein als die Männer (vgl. Tabelle 3.22). Die Auswertung nach Altersgruppen zeigt, dass vor allem in der FDP und bei den Grünen grössere Unterschiede festzustellen sind. In beiden Parteien ist die Kohorte der über 65-Jährigen deutlich skeptischer als die beiden jüngeren Altersgruppen. In Bezug auf die Sprachregion zeigt sich in allen Parteien dasselbe Bild: Kandidierende aus der französischsprachigen Schweiz lehnen den 5G-Ausbau eher ab als solche aus der Deutschschweiz.

Abbildung 3.22: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 8 nach Partei

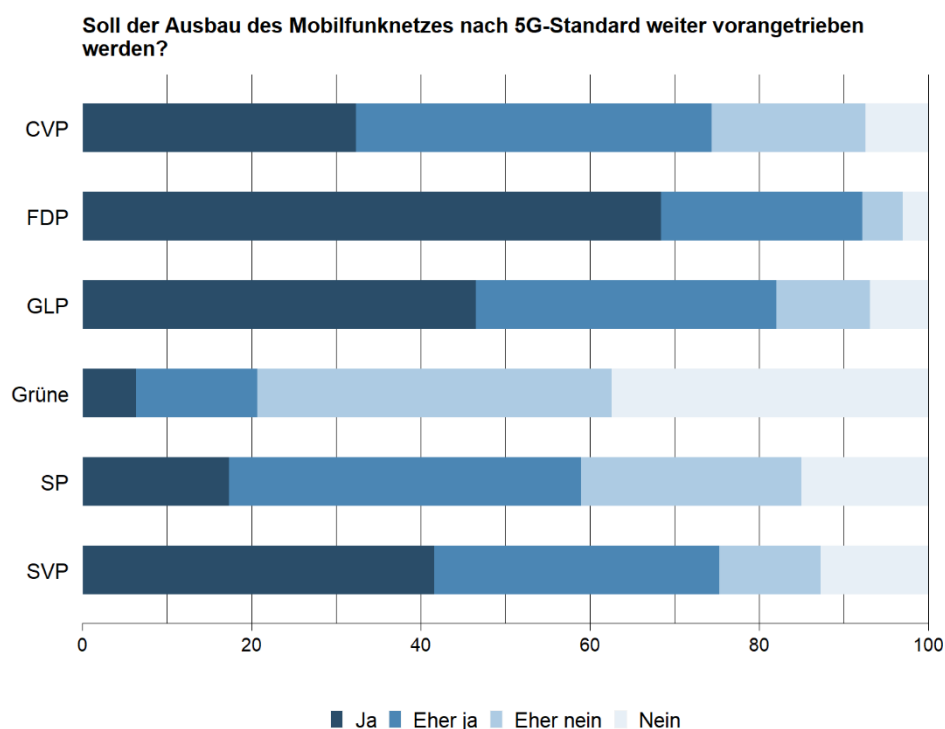


Tabelle 3.22: Mittelwerte zu Frage 8 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.0	(606)	3.0	3.0	3.0
FDP	3.6	(500)	3.6	3.6	3.0
GLP	3.2	(451)	3.3	3.2	3.0
Grüne	1.9	(425)	2.0	1.9	1.6
SP	2.6	(553)	2.6	2.6	2.6
SVP	3.0	(433)	3.0	3.0	3.3

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	2.8	3.1	3.0	2.7	3.2
FDP	3.4	3.7	3.6	3.5	3.9
GLP	3.0	3.4	3.3	2.8	2.3
Grüne	1.8	2.0	2.0	1.5	1.7
SP	2.4	2.8	2.8	2.2	2.5
SVP	2.7	3.2	3.1	3.0	3.2

Hinweise: Skala 1-4; neutrale Mittelposition = 2.5, Werte < 2.5 = Ablehnung, Werte > 2.5 = Zustimmung.

Die Einführung einer staatlich geprüften elektronischen Identität (E-ID) stellt ein weiteres zentrales Element einer modernen digitalen Infrastruktur dar. Doch auch die E-ID ist zur Zeit Gegenstand heftiger politischer Diskussionen. Nachdem das Parlament im Herbst 2019 die entsprechende gesetzliche Regelung zur Einführung einer E-ID verabschiedet hat, wurde umgehend mit der Unterschriftensammlung für ein Referendum begonnen. Inzwischen wurde das Referendum erfolgreich eingereicht weshalb die Schweizer Stimmbevölkerung im Laufe dieses Jahres über die Einführung der E-ID abstimmen wird.

Auch im Rahmen des Digitalisierungsmonitors wurden die Kandidierenden gefragt, wie sie der Einführung einer E-ID gegenüberstehen:

Frage 9:²⁵

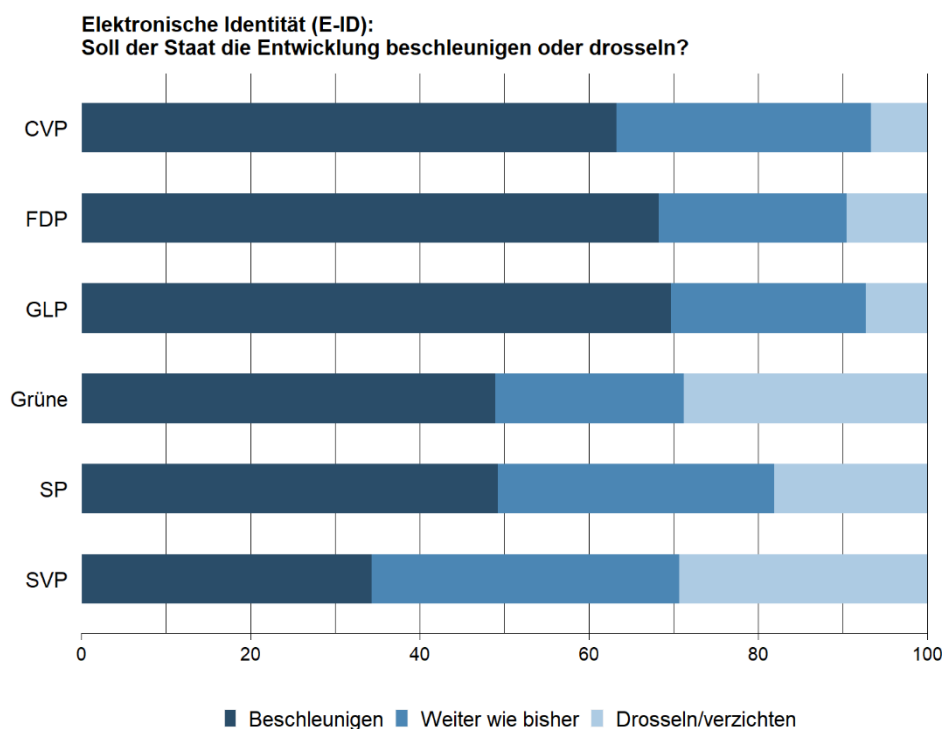
Soll der Staat die Ausgabe einer elektronischen Identität (E-ID) für alle Einwohner/innen beschleunigen bzw. drosseln?

Antwortoptionen:

«Darauf ganz verzichten» (1), «Tempo eher drosseln» (2), «Weiter wie bisher» (3), «Tempo eher erhöhen» (4), «Tempo stark erhöhen» (5).

Bezüglich der Einführung einer E-ID zeigt sich eine parteipolitische Dreiteilung (vgl. Abbildung 3.23): Klare Befürworter eines schnelleren Tempos in Sachen E-ID sind die Kandidierenden der CVP (63 Prozent), FDP (68 Prozent) und GLP (69 Prozent). Verhaltene Zustimmung zu einem rascheren Tempo findet sich bei den Grünen und den Kandidierenden der SP, bei denen immerhin 48 resp. 49 Prozent eine schnellere Gangart fordern. Am skeptischsten erweisen sich die Kandidierenden der SVP, bei der sich die Kategorien der «Bremsen» und der «Beschleuniger» in etwa die Waage halten.

Abbildung 3.23: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 9.5 nach Partei²⁶



Mit Ausnahme der Grünen zeigt sich in allen Parteien, dass sich Männer bei der E-ID-Einführung ein schnelleres Tempo wünschen als Frauen (vgl. Tabelle 3.23). Bei den Altersgruppen fällt auf, dass häufig sowohl die ältesten als auch die jüngsten Kandidierenden der E-ID skeptischer gegenüberstehen als die mittlere Kategorie der 35- bis 64-jährigen. Zudem erweisen sich (mit Ausnahme der SVP) die Kandidierenden aus der französischsprachigen Schweiz gegenüber einer raschen E-ID-Einführung aufgeschlossener als die Kandidierenden aus der Deutschschweiz.

²⁵ Vgl. Frage 8 (Antwortoption 1), Anhang 1.

²⁶ Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten wurden die fünf Antwortkategorien für die Abbildung in drei Antwortkategorien recodiert/gruppiert.

Tabelle 3.23: Mittelwerte zu Frage 9.5 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total	Alter		
	Mw. (N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.7 (166)	3.6	3.9	3.5
FDP	3.9 (126)	3.7	4.1	3.0
GLP	3.9 (165)	3.8	4.0	4.1
Grüne	3.4 (139)	3.3	3.6	2.2
SP	3.5 (138)	3.3	3.6	3.7
SVP	3.0 (99)	2.9	3.1	2.6

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	3.7	3.8	3.7	3.9	3.8
FDP	3.9	3.9	3.8	4.3	-
GLP	3.7	4.0	3.9	4.0	4.5
Grüne	3.6	3.3	3.4	3.5	2.0
SP	3.3	3.6	3.4	3.6	4.3
SVP	2.5	3.1	3.0	2.7	4.0

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Entwicklung drosseln, Werte > 3 = Entwicklung beschleunigen.

In einer zweiten Frage zur E-ID konnten die Kandidierenden zudem ihre Präferenzen in Bezug auf den zentralen Streitpunkt in der politischen Auseinandersetzung angeben. Sie wurden gefragt, wer als sogenannte Identitäts-Provider zur Ausgabe der E-ID zugelassen sein sollte: nur der Staat oder auch zertifizierte Unternehmungen?

Frage 10:²⁷

Wenn in der Schweiz die elektronische Identität (E-ID) eingeführt wird, wer soll dann als Identitäts-Provider (IDP) fungieren?

Antwortoptionen:

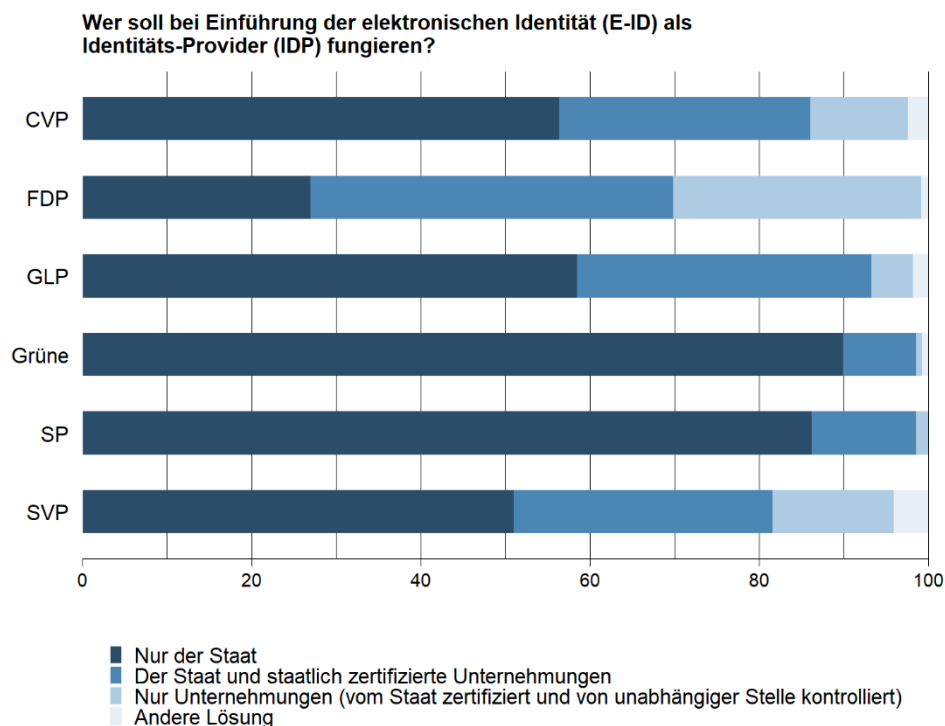
«Nur der Staat» (1), «Nur Unternehmungen (vom Staat zertifiziert und von unabhängiger Stelle kontrolliert)» (2), «Der Staat und staatlich zertifizierte Unternehmungen» (3) und «Andere Lösung» (4).

Kandidierende aller Parteien mit Ausnahme der FDP votieren mehrheitlich dafür, dass nur der Staat als Identitäts-Provider fungieren sollte (vgl. Abbildung 3.24). Die entsprechende Mehrheit fällt bei der SVP (51 Prozent), CVP (56 Prozent) und GLP (59 Prozent) relativ knapp aus, hingegen sehr deutlich bei der SP (86 Prozent) und den Grünen (90 Prozent). Unter den Kandidierenden der FDP spricht sich eine relative Mehrheit von 43 Prozent für die Lösung aus, dass sowohl der Staat als auch zertifizierte Unternehmungen als Identitäts-Provider auftreten können.²⁸

²⁷ Vgl. Frage 9, Anhang 1.

²⁸ Interessant ist der Vergleich zu einer im Oktober 2019 veröffentlichten Studie der Universität Zürich, welche unter den Wählerinnen und Wählern aller Parteien sehr deutlich Mehrheiten zwischen 73 (SVP-Wähler) und 90 Prozent (Wähler der Grünen) für eine rein staatliche Lösung vorfand (vgl. https://digdemlab.io/docs/DigDemLab_Report_eID.pdf). Insgesamt zeigt sich somit, dass sowohl unter den Kandidierenden (gemäss Digitalisierungsmonitor) als auch in der Wählerschaft (gemäss Studie der Universität Zürich) eine Mehrheit gegen die vom Parlament beschlossene Lösung besteht.

Abbildung 3.24: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 10 nach Partei



Staatliche Leistungen

Neben einer ausgebauten digitalen Infrastruktur gehören auch umfassende staatliche E-Government-Leistungen und eine generelle Orientierung der Verwaltung hin zu digitalen Lösungen zu den notwendigen Rahmenbedingungen eines digitalen Ökosystems, das eine lebendige und umfassende digitale Demokratie erst möglich macht.

Dieses Thema wurde im Digitalisierungsmonitor mit der folgenden Frage abgedeckt:

Frage 9:²⁹

In welchen Bereichen sollte der Staat die eigene digitale Entwicklung beschleunigen bzw. drosseln?

9.1: Anbieten umfassender E-Government-Leistungen (Online-Behördengänge)

9.2: Verbreitung von E-Health (z.B. elektronisches Patientendossier)

9.3: Einführen eines Daten- bzw. Digitalisierungs-Officers in der Bundesverwaltung

Antwortoptionen:

«Darauf ganz verzichten» (1), «Tempo eher drosseln» (2), «Weiter wie bisher» (3), «Tempo eher erhöhen» (4), «Tempo stark erhöhen» (5).

Die Auswertung zeigt, dass ein beschleunigter Ausbau von E-Government-Leistungen unter den Kandidierenden aller Parteien weitgehend unbestritten ist (vgl. Abbildung 3.25): Zwischen 66 (SVP) und 94 Prozent (FDP) befürworten eine schnellere Gangart in diesem Bereich. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern sind gering, doch zeigt sich, dass sich Kandidaten ein etwas schnelleres Tempo wünschen als Kandidatinnen (vgl. Tabelle 3.25). Bezüglich der Altersgruppen wünschen sich jüngere Kandidierende eine raschere Umsetzung als ältere. Bei den Unterschieden nach Sprache sind hingegen keine klaren Tendenzen ersichtlich.

²⁹ Vgl. Frage 8 (Antwortoptionen 2, 3 und 5), Anhang 1.

Abbildung 3.25: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 9.1 nach Partei³⁰

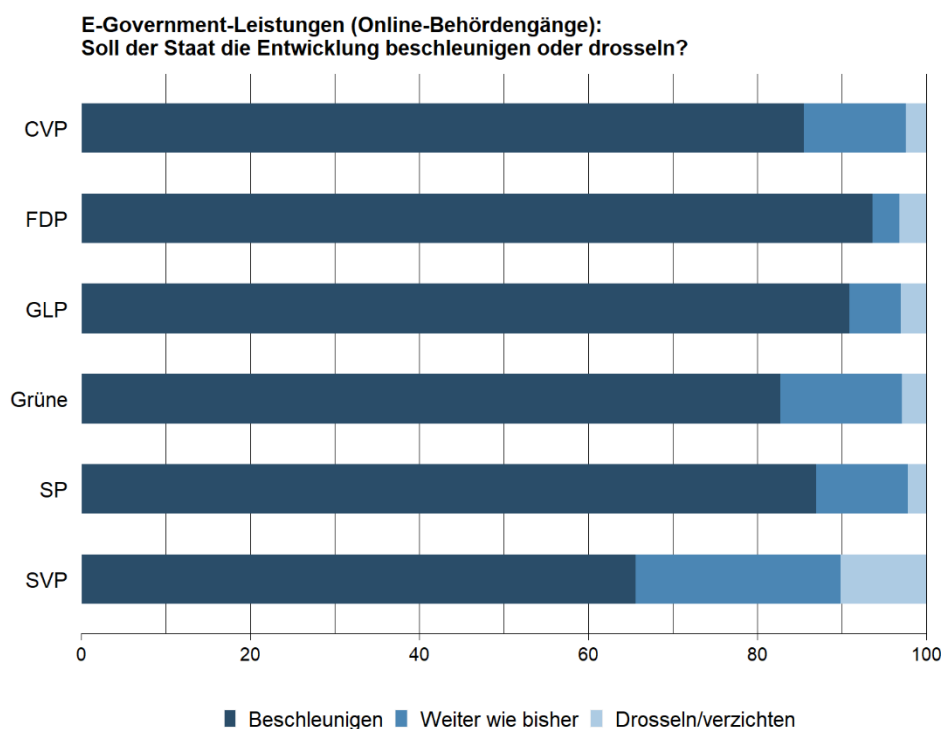


Tabelle 3.25: Mittelwerte zu Frage 9.1 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total	Alter		
	Mw. (N)	18-34	35-64	65+
CVP	4.3 (166)	4.4	4.2	3.9
FDP	4.6 (126)	4.6	4.6	4.0
GLP	4.5 (165)	4.5	4.6	4.3
Grüne	4.1 (139)	4.1	4.2	3.2
SP	4.3 (138)	4.3	4.4	4.1
SVP	3.8 (99)	3.9	3.8	3.2

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	4.2	4.3	4.2	4.4	4.2
FDP	4.5	4.6	4.5	4.8	-
GLP	4.3	4.6	4.6	4.2	4.5
Grüne	4.0	4.2	4.1	4.1	3.7
SP	4.2	4.3	4.3	4.2	4.3
SVP	3.6	3.8	3.8	3.7	5.0

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Entwicklung drosseln, Werte > 3 = Entwicklung beschleunigen.

Ein relativ ähnliches Bild der parteipolitischen Zustimmungsmuster zeigt sich bei den beiden Fragen zu E-Health und zur Anstellung eines bzw. einer Daten- oder Digitalisierungs-Verantwortlichen in der Bundesverwaltung (vgl. Abbildungen 3.26 und 3.27): In allen Parteien mit Ausnahme der SVP spricht sich eine Mehrheit der Kandidierenden für eine Tempobeschleunigung aus. Beim Thema E-Health variieren die Zustimmungswerte zwischen 53 (Grüne) und 78 Prozent (CVP) (unter den SVP-Kandidierenden sind es 48 Prozent). Dass die höchste Zustimmung aus den Reihen der CVP stammt, könnte auf die

³⁰ Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten wurden die fünf Antwortkategorien für die Abbildung in drei Antwortkategorien recodiert/gruppiert.

Gesundheitsinitiative der CVP zurück zu führen sein, welche den verstärkten Einsatz von E-Health als ein Mittel zur Senkung der Gesundheitskosten propagiert.³¹ Bei der Frage nach der Einrichtung eines bzw. einer Daten- oder Digitalisierungs-Verantwortlichen fordern zwischen 60 (CVP) und 84 Prozent (Grüne) eine Beschleunigung des Tempos (bei der SVP sind es 35 Prozent).

Abbildung 3.26: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 9.2 nach Partei³²

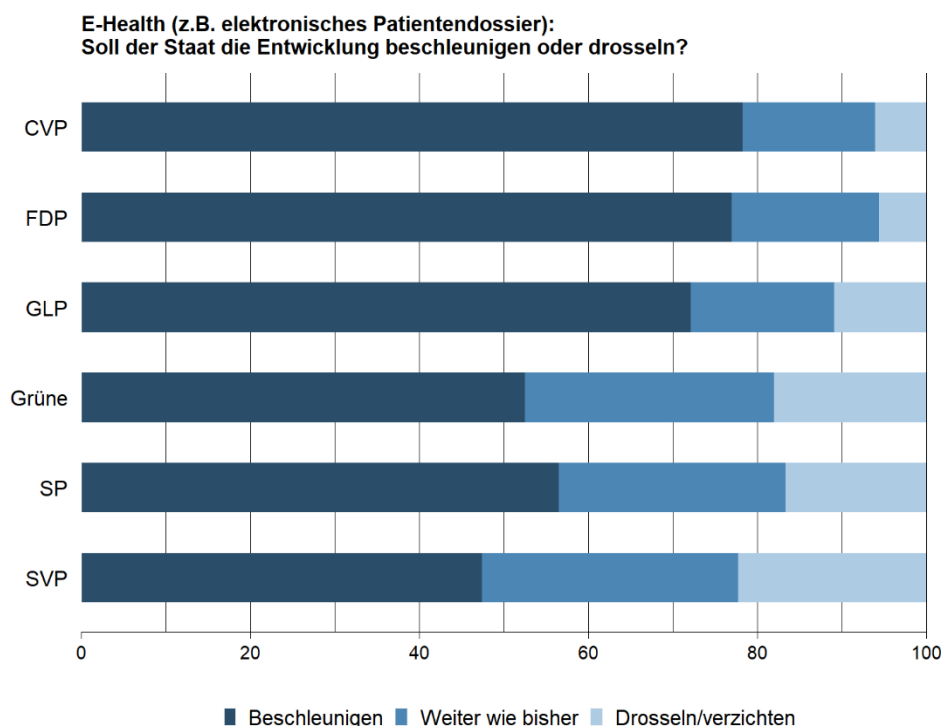


Tabelle 3.26: Mittelwerte zu Frage 9.2 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	4.1	(166)	4.3	4.0	3.4
FDP	4.1	(126)	4.0	4.1	4.0
GLP	3.9	(165)	3.8	4.0	4.6
Grüne	3.4	(139)	3.4	3.5	2.3
SP	3.5	(138)	3.3	3.6	3.8
SVP	3.4	(99)	3.5	3.3	3.0

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	3.9	4.2	4.0	4.3	4.5
FDP	4.0	4.1	4.0	4.3	-
GLP	3.8	4.0	3.9	4.0	4.5
Grüne	3.4	3.4	3.4	3.5	3.3
SP	3.4	3.6	3.5	3.6	4.3
SVP	2.8	3.5	3.4	3.4	4.0

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Entwicklung drosseln, Werte > 3 = Entwicklung beschleunigen.

³¹ Vgl. <https://www.bk.admin.ch/ch/d/pore/vi/vis489.html>

³² Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten wurden die fünf Antwortkategorien für die Abbildung in drei Antwortkategorien recodiert/gruppiert.

Abbildung 3.27: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 9.4 nach Partei³³

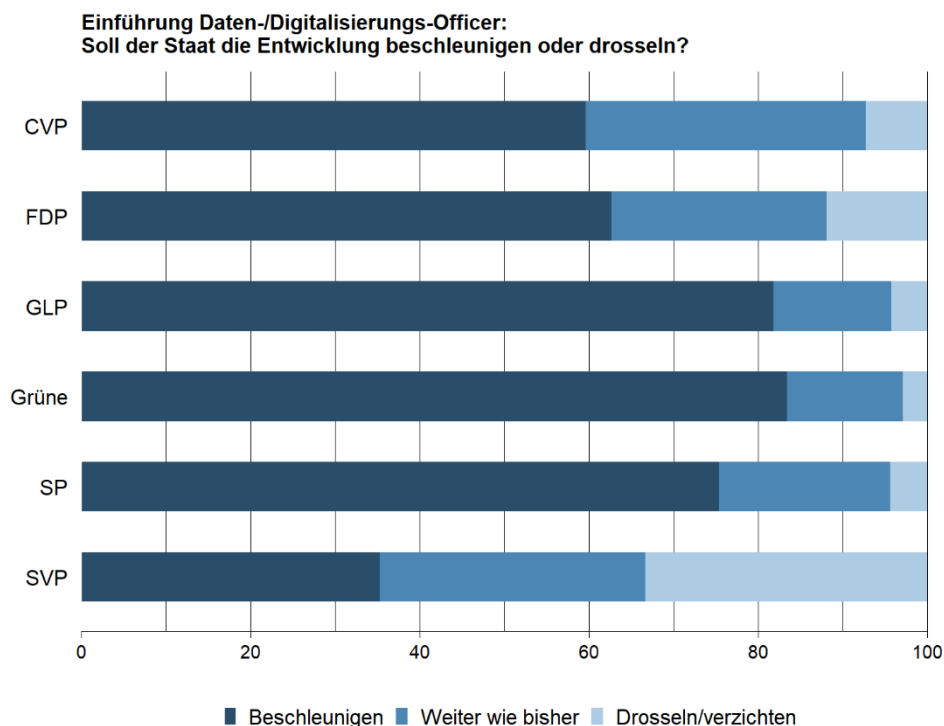


Tabelle 3.27: Mittelwerte zu Frage 9.4 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw.	(N)	18-34	35-64	65+
CVP	3.7	(166)	3.8	3.6	3.9
FDP	3.7	(126)	3.8	3.6	4.0
GLP	4.1	(165)	4.2	4.1	4.0
Grüne	4.3	(139)	4.3	4.3	3.3
SP	4.1	(138)	4.2	4.1	3.5
SVP	2.9	(99)	2.9	2.9	2.6

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	3.6	3.8	3.5	4.3	4.3
FDP	3.9	3.6	3.6	4.2	-
GLP	4.0	4.2	4.1	4.2	4.0
Grüne	4.3	4.2	4.2	4.5	3.3
SP	4.0	4.2	3.9	4.5	4.3
SVP	3.2	2.8	2.8	3.3	3.0

Hinweise: Skala 1-5; neutrale Mittelposition = 3, Werte < 3 = Entwicklung drosseln, Werte > 3 = Entwicklung beschleunigen.

³³ Um eine bessere Lesbarkeit zu gewährleisten wurden die fünf Antwortkategorien für die Abbildung in drei Antwortkategorien recodiert/gruppiert.

Daten und Datenschutz

Abbildung 3.28: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 9.3 nach Partei

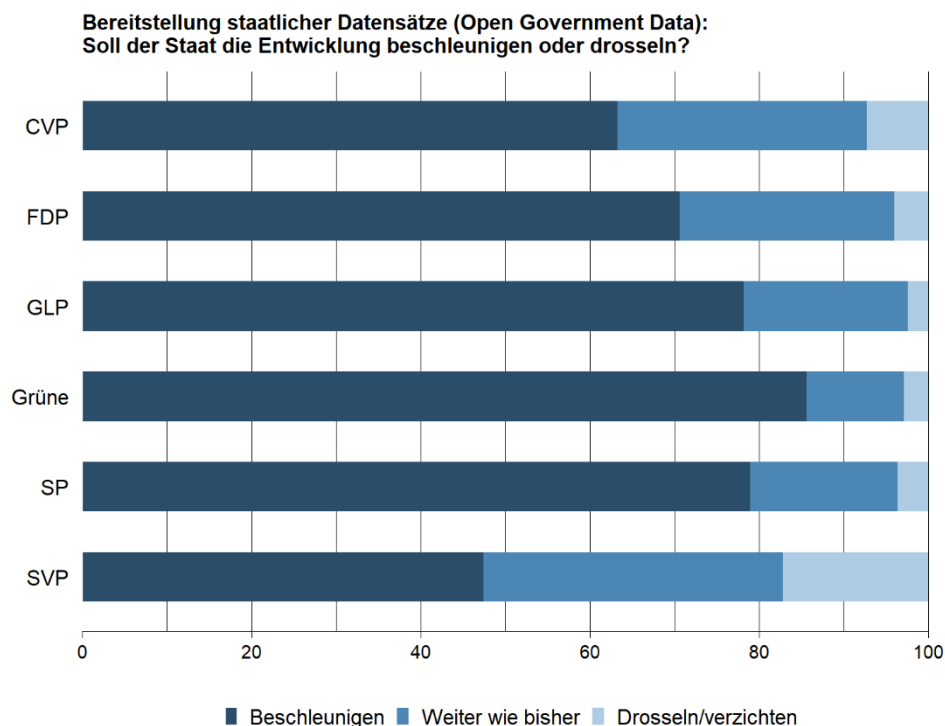


Tabelle 3.28: Mittelwerte zu Frage 9.3 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total		Alter		
	Mw. (N)		18-34	35-64	65+
CVP	3.7 (166)		3.7	3.8	3.6
FDP	4.0 (126)		4.1	4.0	4.0
GLP	4.2 (165)		4.2	4.3	4.1
Grüne	4.3 (139)		4.4	4.3	3.8
SP	4.2 (138)		4.5	4.1	3.8
SVP	3.4 (99)		3.3	3.5	2.6

	Geschlecht		DE	Sprache	
	Frauen	Männer		FR	IT
CVP	3.5	3.9	3.6	4.0	4.0
FDP	3.9	4.1	4.0	4.3	-
GLP	4.0	4.3	4.3	4.1	4.0
Grüne	4.2	4.4	4.4	4.4	3.7
SP	4.0	4.3	4.2	4.3	4.3
SVP	3.1	3.4	3.3	3.5	5.0

Hinweise: Skala 1-5, Mittelposition = 3; - = kein Wert vorhanden

Das aufgrund der laufenden Gesetzesrevision sehr aktuelle Thema Datenschutz wurde im Digitalisierungsmonitor in zwei Fragen behandelt. Die erste fragt nach dem Grundrecht auf digitale Unversehrtheit, die zweite will von den Kandidierenden wissen, welches Datenschutzniveau zukünftig in der Schweiz bestehen sollte.

Frage 13:

Soll die Schweiz ein Grundrecht auf digitale Unversehrtheit (digitale Integrität) in der Verfassung verankern, das u.a. das Recht auf digitale Selbstbestimmung und das Recht auf digitales Vergessen umfasst?

Antwortoptionen:

«Nein» (1), «Eher nein» (2), «Eher ja» (3) und «Ja» (4).

Das Recht auf digitale Unversehrtheit in der Bundesverfassung zu verankern wird von den Kandidierenden aller Parteien mehrheitlich positiv aufgenommen. Die Zustimmungswerte variieren allerdings stark zwischen 58 (SVP) und 99 Prozent (Grüne). Die Auswertung nach Geschlecht zeigt geringe Unterschiede. Beim Alter ist bei den meisten Parteien die Tendenz ersichtlich, dass jüngere Kandidierenden die Forderung etwas stärker unterstützen als ältere. Bezüglich der Sprachregion sind die Unterschiede wiederum sehr gering, wobei Kandidierende aus der französischsprachigen Schweiz die Forderung etwas stärker unterstützen als die Deutschschweizer.

Abbildung 3.29: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 13 nach Partei

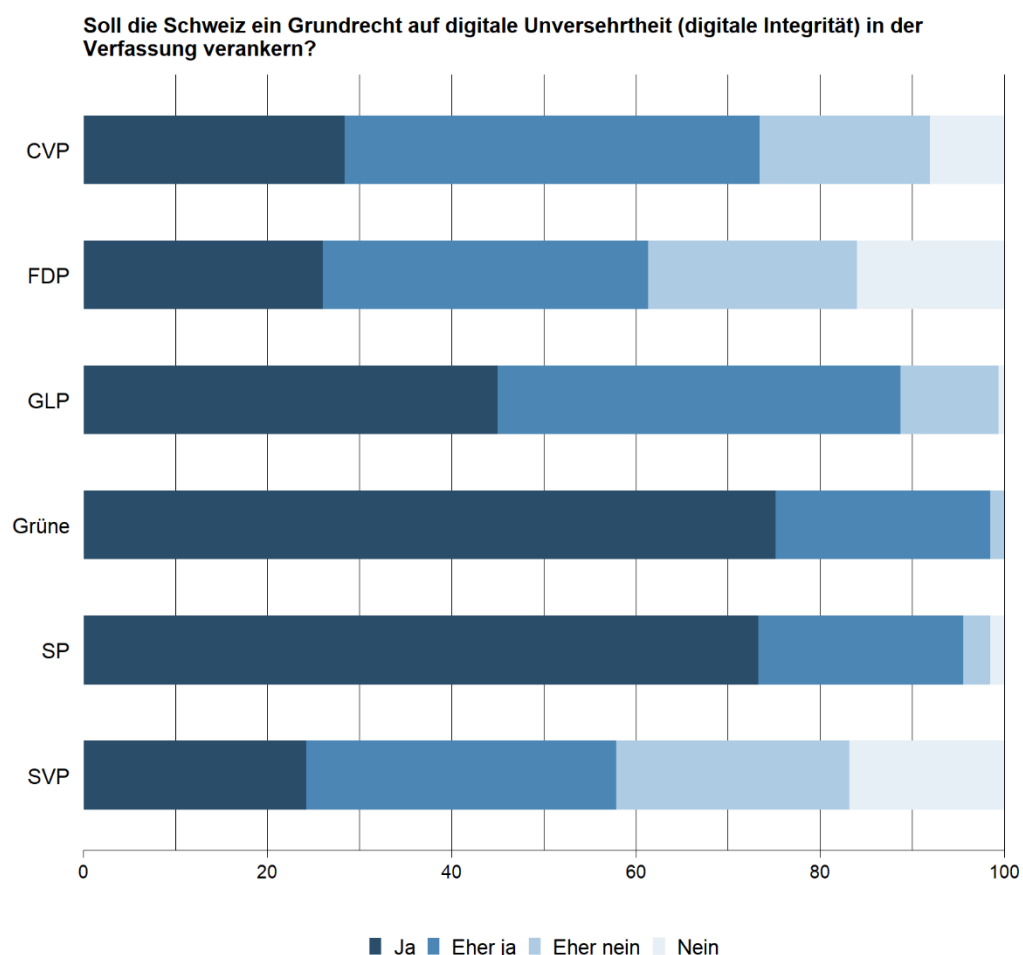


Tabelle 3.29: Mittelwerte zu Frage 13 nach Geschlecht, Alter und Sprache

	Total	Alter			
	Mw. (N)	18-34	35-64	65+	
CVP	2.9 (162)	3.0	2.8	2.9	
FDP	2.7 (119)	2.9	2.5	3.0	
GLP	3.3 (160)	3.4	3.3	3.1	
Grüne	3.7 (133)	3.7	3.8	3.5	
SP	3.7 (135)	3.8	3.6	3.5	
SVP	2.7 (95)	2.7	2.5	3.2	

	Geschlecht		Sprache		
	Frauen	Männer	DE	FR	IT
CVP	2.8	3.0	3.0	3.0	2.5
FDP	2.6	2.7	2.7	2.9	-
GLP	3.3	3.4	3.3	3.4	3.0
Grüne	3.7	3.8	3.7	3.8	3.0
SP	3.6	3.7	3.7	3.8	3.3
SVP	2.8	2.6	2.6	2.9	4.0

Hinweise: Skala 1-4, Mittelposition = 2.5; - = kein Wert vorhanden

Die zweite Digitalisierungsmonitor-Frage zum Datenschutz nimmt implizit Bezug auf die laufende Revision des schweizerischen Datenschutzgesetzes:

Frage 14:

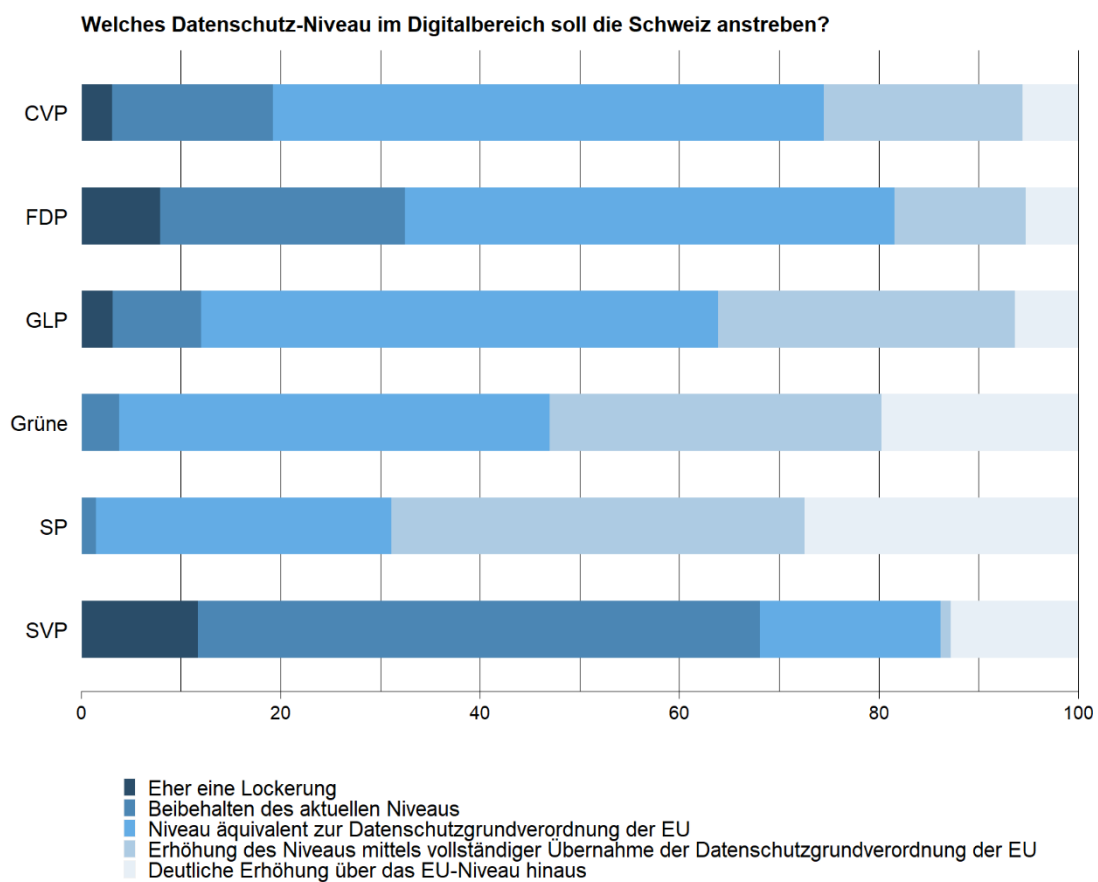
Welches Datenschutz-Niveau soll die Schweiz im Bereich digitaler Produkte und Dienstleistungen im Vergleich zum heutigen Stand anstreben?

Antwortoptionen:

«Eher eine Lockerung» (1), «Beibehalten des aktuellen Niveaus» (2), «Ein Niveau äquivalent zur Datenschutzgrundverordnung der EU (auf Schweizer Verhältnisse angepasste Übernahme wesentlicher Elemente)» (3), «Erhöhung des Niveaus mittels vollständiger Übernahme der Datenschutzgrundverordnung der EU» (4) und «Deutliche Erhöhung über das EU-Niveau hinaus» (5).

Die Resultate lassen sich so zusammenfassen, dass die Kandidierenden aller Parteien (mit Ausnahme der SVP) mindestens ein Niveau äquivalent zur EU-Gesetzgebung wünschen. In der CVP, FDP, GLP und bei den Grünen spricht sich jeweils zumindest eine relative Mehrheit von mindestens 43 Prozent (Grüne) für diese Lösung aus. Bei der SP fordert eine relative Mehrheit von 42 Prozent gar die direkte Übernahme der EU-Datenschutzgrundverordnung. Einzig innerhalb der SVP befürwortet eine Mehrheit von 56 Prozent die Beibehaltung des heutigen Datenschutzniveaus.

Abbildung 3.30: Antwortverteilung (in Prozent) zu Frage 14 nach Partei



4 Fazit und Ausblick: Die Digitale Schweiz 2025

Die Kandidierenden und Parteien beurteilen die aktuellen Auswirkungen der Digitalisierung mehrheitlich positiv. Auch in Bezug auf konkrete Vorhaben der Digitalpolitik – sei es 5G-Mobilfunkinfrastruktur, E-Health, E-ID oder die Verstärkung des Datenschutzes – bestehen aufgrund der Resultate des Digitalisierungsmonitors Mehrheiten für zukunftsweisende Lösungen, auch wenn der Teufel wie so oft im Detail steckt. Wirklich optimistisch in die Zukunft blicken allerdings vor allem die Kandidierenden liberaler und progressiver Parteien; links-grün und konservativ ausgerichtete Kandidierende hingegen betonen häufiger die Risiken der Digitalisierung.

Zwei Punkte lohnt es sich herauszustreichen: Erstens zeigt sich in allen Parteien eine Skepsis gegenüber dem Einsatz von künstlicher Intelligenz im Kontext staatlicher Entscheidungen. Die Politik nimmt bei diesem Thema im Vergleich zur Forschung eine deutlich zurückhaltendere Position ein. Zweitens zeigt sich, dass gerade die jüngste und somit digitalaffinste Gruppe unter den Kandidierenden zusätzliche Beschränkungen von Social-Media-Plattformen negativ beurteilt, sofern sie durch staatliche Regulierungen erfolgen. Dies ist keinesfalls als unkritische Position oder gar Freipass gegenüber Plattformbetreibern zu verstehen, zumal die Verstärkung des Datenschutzes und der digitalen Selbstbestimmung ebenfalls grosse Zustimmung geniesst.

Die Digitalisierung wird die Politik der kommenden Jahre nachhaltig beschäftigen. Die Erkenntnisse des «Digitalisierungsmonitors 2019» sind für die zukünftige Ausgestaltung der Schweizer Digitalpolitik erhellend, zeigen aber auch deutlich auf, dass klare Positionsbezüge seitens der Parteien nur punktuell erkennbar sind. Die Sensibilisierungsarbeit für das Digitalisierungsthema muss darum schweizweit vorangetrieben werden – nicht nur bei politischen Entscheidungsträgern, die möglicherweise die wahre Bedeutung der Digitalisierung noch nicht auf der Agenda haben, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit. Für die Öffentlichkeit wäre es allerdings besonders wichtig, dass die Parteien ihre politische Rolle wahrnehmen und schnellstmöglich ihre digitalisierungspolitischen Positionen und Ziele im Hinblick auf die Schweiz von 2025 (und darüber hinaus) klären. In Umbruchphasen, wenn in vielen Lebensbereichen alte Gewissheiten verschwinden und Instabilität entstehen kann, ist es Aufgabe der Parteien, den Bürgerinnen und Bürgern eine klare und kohärente programmatische Orientierung anzubieten. In diesem Rahmen würde es sich zudem anbieten, dass die Parteien den intensiven Dialog mit der eigenen Basis suchen.

Wünschenswert wäre darüber hinaus, wenn in Zukunft neben den Präferenzen und Interessenlagen von Kandidierenden die Erhebung des Digitalisierungsmonitors auf Verwaltungskader, Exekutivmitglieder, Medienschaffende sowie Bevölkerung ausgeweitet würde, was für die Definition einer mehrheitsfähigen Ausgestaltung der Digitalpolitik hilfreiche Dienste leisten könnte.

Um die Schweiz in den kommenden fünf Jahren und darüber hinaus (digital) fit zu machen, wird die primäre Herausforderung darin bestehen, die Bevölkerung, Politik und Verwaltung, Wirtschaft und akademische Forschung mit an Bord zu holen. Bei der Erarbeitung der Lösungsansätze sowie bei der Priorisierung und Umsetzung der Ideen gilt es die Rolle des Staates eingehend zu reflektieren. Darüber hinaus muss kollektiv an den erforderlichen Kompetenzen gearbeitet und müssen innovative Ideen entwickelt werden, wie die Schweiz mit den Herausforderungen aus politischer, rechtlicher, organisatorischer und technischer Sicht umgehen soll und wie wir uns im internationalen Kontext positionieren möchten.

Anhang 1: Fragebogen des Digitalisierungsmonitors

1. Wie stark **prägen das Internet sowie digitale Anwendungen und Dienstleistungen Ihren Alltag** in den folgenden Bereichen auf einer Skala von 1 (gar nicht) bis 5 (sehr stark):

	Gar nicht (1)	(2)	(3)	(4)	Sehr stark (5)	Nicht zu- treffend
Im Beruf / in der Ausbildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
In der Politik	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Im Privatleben	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

2. Welche **Auswirkungen hat die Digitalisierung** Ihrer Meinung nach **insgesamt**?

- ☐ Deutlich negative
- ☐ Eher negative
- ☐ Eher positive
- ☐ Deutlich positive

3. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen zu möglichen **Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft**:

Digitalisierung ...	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu
Erleichtert den Zugang zu Wissen und Bildung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Führt zu einem Zerfall von Werten und Sitten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Macht die Gesellschaft gerechter	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Führt zu einer verstärkten Überwachung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bringt Menschen zusammen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fördert die Spaltung der Gesellschaft	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Weckt bei mir die Befürchtung, zunehmend den Anschluss zu verlieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

4. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen zu möglichen **Auswirkungen der Digitalisierung auf das Wirtschaftsleben**:

Digitalisierung ...	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu
Sichert unseren zukünftigen Wohlstand	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Schafft mehr neue Arbeitsplätze als vernichtet werden	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Führt zu mehr Ungleichheit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Fördert die Vereinbarkeit von Beruf und Familie	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Verringert den Arbeitnehmerschutz	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Erhöht die Qualität der Arbeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Weckt bei mir die Befürchtung, dass ich selbst oder nahestehende Personen den Job verlieren	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

5. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen bezüglich der **Digitalisierung in der Arbeitswelt**?

	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu
Der Staat soll Umschulungsmassnahmen stärker fördern und dazu mehr Mittel zur Verfügung stellen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Wegfall vieler Arbeitsplätze wird die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens nötig machen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Das heutige Arbeitsrecht stammt aus einer vor-digitalen Zeit. Es sollte flexibilisiert und an die ortsungebundene Nutzung digitaler Arbeitsinstrumente angepasst werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

6. Wie beurteilen Sie den heutigen **Einsatz und die Vermittlung von Informations- und Kommunikationstechnologien (ICT) und von digitalen Kompetenzen in der Bildung?**

	Viel zu wenig	Eher zu wenig	Gerade richtig	Eher zu viel	Viel zu viel
In der obligatorischen Schulzeit	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
An Hochschulen / Universitäten	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

7. Wie beurteilen Sie folgende Aussagen bezüglich **ausländischer Fachkräfte im Bereich Informations- und Kommunikationstechnologie (ICT)?**

	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu
Ausländische Fachkräfte, die in der Schweiz einen Bildungsabschluss erworben haben, sollen automatisch eine Arbeitserlaubnis erhalten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Bedingungen für Unternehmen, eine Arbeitserlaubnis für ausländische Fachkräfte zu erhalten, sind heute zu streng.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

8. In welchen Bereichen sollte **der Staat die eigene digitale Entwicklung beschleunigen bzw. drosseln**?

	Darauf ganz ver- zichten	Tempo eher dros- seln	Weiter wie bisher	Tempo eher erhö- hen	Tempo stark erhö- hen
Ausgabe einer elektronischen Identität (E-ID) für alle Einwohner/innen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Verbreitung von E-Health (z.B. elektronisches Patientendossier)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Anbieten umfassender E-Government-Leistungen (Online-Behördengänge)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Bereitstellung staatlicher Datensätze (Open Government Data)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Einführen eines Daten- bzw. Digitalisierungs-Officers in der Bundesverwaltung	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Einführen von E-Collecting (Online-Unterschriftensammlung für Initiativen / Referenden)	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI) zur Unterstützung staatlicher Entscheidungen	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

9. Wenn in der Schweiz die **elektronische Identität (E-ID)** eingeführt wird, wer soll dann **als Identitäts-Provider (IDP) fungieren**?

- ☐ Nur der Staat
- ☐ Nur Unternehmungen (vom Staat zertifiziert und von unabhängiger Stelle kontrolliert)
- ☐ Der Staat und staatlich zertifizierte Unternehmungen
- ☐ Andere Lösung

10. Im März 2019 hat das Schweizer Parlament im revidierten Fernmeldegesetz **die Internet-Provider zur Netzneutralität verpflichtet** (d.h. bei der Übertragung von Informationen darf keine technische oder wirtschaftliche Unterscheidung gemacht werden). Finden Sie dies richtig?

- ☐ Nein
☐ Eher nein
☐ Eher ja
☐ Ja

11. Wie beurteilen Sie folgende Aussagen bezüglich **Online-Plattformen, soziale Medien bzw. soziale Netzwerke**?

	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu
Social-Media-Plattformen sollen denselben Regeln unterworfen sein wie herkömmliche Medien (z.B. Haftung für veröffentlichte Inhalte der User/-innen).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Social-Media-Plattformen sollen für die Verbreitung von urheberrechtlich geschützten Inhalten durch ihre User/-innen (z.B. für Bilder oder Videos) eine Urheberrechtsabgabe bezahlen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Es reicht, wenn die sozialen Medien Ihre Verantwortung über eine Selbstregulierung innerhalb der Branche wahrnehmen; ein staatliches Eingreifen ist unnötig.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Anbieter von Online-Werbung sollen verpflichtet werden, ein öffentliches Verzeichnis aller publizierten Anzeigen mit politischem Inhalt zu führen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Social-Media-Plattformen sollen verpflichtet werden, aktiver gegen Fake News (erfundene oder manipulierte Nachrichten) und systematische Desinformation vorzugehen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

12. Befürworten Sie **die Möglichkeit "digitaler Versuchsgemeinden"**, in welchen neue Formen der demokratischen Bürgerbeteiligung und Entscheidungsfindung (z.B. partizipative Budgets) getestet werden?

- ☐ Nein
 - ☐ Eher nein
 - ☐ Eher ja
 - ☐ Ja
-

13. Soll die Schweiz ein **Grundrecht auf digitale Unversehrtheit (digitale Integrität)** in der Verfassung verankern, das u.a. das Recht auf digitale Selbstbestimmung und das Recht auf digitales Vergessen umfasst?

- ☐ Nein
 - ☐ Eher nein
 - ☐ Eher ja
 - ☐ Ja
-

14. **Welches Datenschutz-Niveau** soll die Schweiz im Bereich digitaler Produkte und Dienstleistungen im Vergleich zum heutigen Stand anstreben?

- ☐ Eher eine Lockerung
 - ☐ Beibehalten des aktuellen Niveaus
 - ☐ Ein Niveau äquivalent zur Datenschutzgrundverordnung der EU (auf Schweizer Verhältnisse angepasste Übernahme wesentlicher Elemente)
 - ☐ Erhöhung des Niveaus mittels vollständiger Übernahme der Datenschutzgrundverordnung der EU
 - ☐ Deutliche Erhöhung über das EU-Niveau hinaus
-

15. Soll der Staat Anreize setzen, damit Firmen die **Nutzungsdaten ihrer Produkte und Dienstleistungen in anonymisierter Form für nicht-gewinnorientierte Vorhaben (z.B. Forschung) zur Verfügung stellen**?

- ☐ Nein
 - ☐ Eher nein
 - ☐ Eher ja
 - ☐ Ja
-

16. Wie beurteilen Sie folgende Aussagen bezüglich **der Entwicklung und dem Einsatz von künstlicher Intelligenz (KI)**?

	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu
Unternehmen sollen verpflichtet werden mitzuteilen, ob und wie sie KI in ihren Produkten einsetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Um die Entwicklung guter KI-basierter Produkte zu ermöglichen, soll der Schutz der Privatsphäre nicht verstärkt werden.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Schweiz soll sich international für verbindliche ethische Leitlinien für den Einsatz von KI einsetzen.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

17. Verfügt der Bund Ihrer Meinung nach über die **notwendigen finanziellen und personellen Mittel und Kenntnisse im Bereich Cyber-Security** (Bekämpfung von Internet-Kriminalität und -Spionage)?

- ☐ Ja, die verfügbaren Mittel und Kenntnisse sind momentan ausreichend.
- ☐ Eher nein, es braucht eine Aufstockung der Ressourcen und eine Verbesserung der Kenntnisse.
- ☐ Absolut nein, es braucht eine deutliche Aufstockung der Ressourcen und eine klare Verbesserung der Kenntnisse.

18. Soll die Schweiz eine gesetzliche **Meldepflicht für Cyber-Vorfälle** (kriminelle Handlungen im Internet) einführen?

- ☐ Nein
- ☐ Ja, aber ausschliesslich für grössere Unternehmungen
- ☐ Ja, für alle Unternehmungen
- ☐ Ja, für Unternehmungen und Private

19. Wie beurteilen Sie folgende **Vorschläge bezüglich des Steuersystems?**

	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu
Die Schweiz soll sich international für eine "Digitalsteuer" einsetzen (d.h. Besteuerung von im Inland erzielten Umsätzen / Gewinnen durch ausländische Online-Konzerne).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Die Schweiz soll sich international für die Besteuerung des Einsatzes von Hard- oder Software mit künstlicher Intelligenz in der Wirtschaft einsetzen (sog. "Robotersteuer").	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

20. Wie beurteilen Sie die folgenden Aussagen bezüglich der **Vereinbarkeit von Digitalisierung und ökologischer Nachhaltigkeit**:

	Stimme nicht zu	Stimme eher nicht zu	Stimme eher zu	Stimme zu
Der technologische Fortschritt und freiwillige Massnahmen der Unternehmen werden von allein dafür sorgen, dass die Digitalisierung zu einer nachhaltigen Entwicklung beiträgt.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Bund soll Anreize schaffen, um die Lebensdauer von Elektronikprodukten zu erhöhen (z.B. Verlängerung der Gewährleistungsfrist).	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>
Der Bund soll finanzielle Anreize schaffen für Unternehmen, die nach dem Modell der Kreislaufwirtschaft (d.h. besonders ressourcenschonend, Abfälle und Emissionen vermeidend) arbeiten.	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>	<input type="radio"/>

Anhang 2: Ausgewertete Fragen der Online-Wahlhilfe «smartvote»

1. Soll der Ausbau des Mobilfunknetzes nach 5G-Standard weiter vorangetrieben werden?

- ☐ Nein (1)
 - ☐ Eher nein (2)
 - ☐ Eher ja (3)
 - ☐ Ja (4)
-

2. Sollen Online-Vermittlungsdienste (z.B. 'Airbnb'-Unterkünfte, 'Uber'-Taxidienste) stärker reguliert werden?

- ☐ Nein (1)
 - ☐ Eher nein (2)
 - ☐ Eher ja (3)
 - ☐ Ja (4)
-

3. Soll die Einführung der elektronischen Stimmabgabe bei Wahlen und Abstimmungen (E-Voting) weiter vorangetrieben werden?

- ☐ Nein (1)
 - ☐ Eher nein (2)
 - ☐ Eher ja (3)
 - ☐ Ja (4)
-

4. Wie beurteilen Sie die folgende Aussage: 'Die fortschreitende Digitalisierung bietet deutlich mehr Chancen als Risiken.'

- ☐ Nicht einverstanden (1)
 - ☐ (2)
 - ☐ (3)
 - ☐ Neutral (4)
 - ☐ (5)
 - ☐ (6)
 - ☐ Einverstanden (7)
-